

T-01

Tagesordnung

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: Bundesvorstand

Tagesordnungspunkt: Tagesordnung - Formalia

1 **Vorschlag zur Tagesordnung**

2 *Beginn: 10:00 Uhr*

3 TOP 1 Formalia

4 - Präsidium

5 - Änderung Länderrats-GO

6 TOP 2 Politische Rede

7 TOP 3 Zeitpolitik

8 TOP 4 Votum Vorstandswahlen EGP und Nachwahl EGP Delegierte

9 TOP 5 Green New Deal für Europas Zukunft

10 TOP 6 Änderungen Urabstimmungsordnung

11 TOP 7 Verschiedenes

12 TOP 8 Sterbehilfe

13 *Ende: 18:00 Uhr*

Antrag

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: Bundesvorstand (Beschluss vom 13.04.2015)

Tagesordnungspunkt: **Votum Vorstandswahlen EGP und Nachwahl
EGP-Delegierte**

1 **Wahl der Delegierten zum Rat der EGP**

2 Zum Rat (Council) der Europäischen Grünen Partei (EGP) hat BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
3 insgesamt sechs Delegiertenplätze zu besetzen. Auf dem Länderrat 2014 in Berlin
4 wurden die Plätze letztmalig besetzt, nach der Neukonstituierung der deutschen
5 Gruppe im Europaparlament, sollen dieser Delegierten- und Ersatzdelegiertenplatz
6 neu besetzt werden. Wir schlagen dem Länderrat vor, folgende von der deutschen
7 Gruppe im Europaparlament nominierte Delegierte und StellvertreterIn zu wählen.

8 Delegierte der deutschen Gruppe im Europaparlament: Terry Reintke

9 Ersatzdelegierten der deutschen Gruppe im Europaparlament: Jan Philip Albrecht

Antrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Bundesvorstand

Tagesordnungspunkt: Tagesordnung - Formalia

1 Antrag zur Änderung der Geschäftsordnung des Länderrates (zuletzt geändert am 31.5.2014)

2 **Ersetze Punkt 3 dritter Satz durch:** *"Antragsschluss für Änderungsanträge ist in*
3 *der Regel zwei Tage vor Beginn des Länderrates."*

4 3. Anträge zur Sache und zur Tagesordnung sind schriftlich mindestens zehn Tage
5 vor der Sitzung beim Präsidium einzureichen. In Eilfällen kann diese Frist auf
6 Antrag von mindestens fünf Mitgliedern des Länderrates unterschritten werden.
7 ~~Antragsberechtigt ist der Bundesvorstand, die Landesverbände, die BAGen sowie~~
8 ~~die Mitglieder des Länderrates.~~ **Antragsschluss für Änderungsanträge ist in der**
9 **Regel zwei Tage vor Beginn des Länderrates.**

Begründung

Streichung Antragsberechtigung: Die Antragsberechtigung zum Länderrat wird inzwischen in der Satzung von BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN geregelt (§ 12 Abs. 4), genau wie die Antragsberechtigung zur Bundesdelegiertenkonferenz. Deshalb muss sie hier nicht mehr auftauchen.

Einfügen Antragsschluss: Aufgrund der Neuregelung der Antragsberechtigung ist mit einer größeren Zahl von Änderungsanträgen zu rechnen. Damit diese bearbeitet werden können und der Länderrat vernünftig beraten kann, ist eine Frist von zwei Tagen sinnvoll.

Antrag

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: Bundesvorstand

Tagesordnungspunkt: Sterbehilfe

1 Palliativ-Offensive jetzt!

2 Für ein besseres Leben am Lebensende

3 Viele Menschen haben beim Gedanken an ihre letzte Lebensphase Angst vor
4 Einsamkeit und Leiden; sie tragen sich mit der Sorge, anderen zur Last zu
5 fallen; sie haben Angst vor Fremdbestimmung und vor einer menschenunwürdigen
6 Versorgung. Diese Ängste ernst zu nehmen und zu lindern und für das
7 höchstmögliche Maß an Lebensqualität auch am Lebensende zu sorgen – das sind die
8 Kernaufgaben einer guten Palliativ- und Hospizversorgung. Diese hat sich in den
9 letzten Jahrzehnten in Deutschland enorm weiterentwickelt, das genügt aber bei
10 weitem nicht. Unsere Gesellschaft hat sich noch längst nicht ausreichend auf die
11 Folgen des demographischen Wandels eingestellt. Auch die Behandlung von Menschen
12 in der letzten Lebensphase muss sich am Willen der Menschen und an ihrer
13 Lebensqualität ausrichten. Wir brauchen eine Offensive für eine bessere
14 Palliativ- und Hospizversorgung!

15 Dabei geht es um weit mehr als um die Linderung von Schmerzen. Es geht darum,
16 den Menschen eine letzte Lebensphase in Würde zu ermöglichen und sie dabei zu
17 begleiten. Es geht darum, gemeinsam mit den Patientinnen und Patienten und ihren
18 Angehörigen zu vereinbaren, was getan werden soll, auch wenn es keine Aussicht
19 auf Heilung mehr gibt. Es geht um eine bessere Beratung und Begleitung und
20 darum, auch die letzte Lebensphase als einen Teil des Lebens zu gestalten. Es
21 geht darum, Wünsche von Patientinnen und Patienten ernst zu nehmen und offen
22 über die Vor- und Nachteile von Behandlungsangeboten zu sprechen. Nicht zuletzt
23 geht es darum, die Angehörigen und Familien der Sterbenden so zu unterstützen,
24 dass sie imstande sind, den Wunsch zu erfüllen, den PatientInnen am Lebensende
25 am häufigsten haben: in einer vertrauten Umgebung zu sterben. Derzeit sterben in
26 Deutschland jedoch vier von fünf Menschen in Kliniken oder stationären
27 Pflegeeinrichtungen, oft ohne Beistand. Nicht zuletzt geht es darum, die

28 Angehörigen und Nahestehenden auch danach bei der Bewältigung dieser Zeit zu
29 begleiten.

30 Wir wollen, dass die Menschen möglichst selbstbestimmt über die Bedingungen
31 ihrer letzten Lebensphase und auch ihres Sterbens entscheiden können. Wir wollen
32 gleichzeitig Menschen in akuten Krisensituationen nicht allein lassen, wenn sie
33 beispielsweise in einem Suizid den vermeintlich letzten Ausweg sehen. Das
34 Suizidrisiko ist in Deutschland am höchsten bei alten und psychisch kranken
35 Menschen. Wir wollen erreichen, dass diese Menschen sich nicht allein gelassen
36 fühlen, sondern Hilfe und Beratung finden, ohne Angst haben zu müssen, dass sie
37 moralisch verurteilt werden.

38 **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich ein:**

- 39 • für den flächendeckenden Ausbau der Hospiz- und Palliativversorgung in
40 Deutschland: Insbesondere im ambulanten Bereich, in ländlichen und
41 strukturschwachen Regionen sowie bei der Versorgung schwerstkranker
42 Kinder und Jugendlicher sind wir noch weit von einem flächendeckenden
43 und ausreichend finanzierten Angebot entfernt. Auch privatversicherte
44 Menschen müssen Ansprüche auf Leistungen der ambulanten wie der
45 stationären Palliativ- und Hospizversorgung erhalten.
- 46 • für eine bessere Beratung und Begleitung von Schwerstkranken und ihren
47 Angehörigen: Unser Ziel ist eine Palliativ- und Hospizversorgung aus
48 einer Hand, insbesondere im ambulanten Bereich. Dazu gehört ein
49 Anspruch für alle Versicherten auf individuelle und neutrale
50 Pflegeberatung, Unterstützung und Begleitung.
- 51 • für eine konsequente Orientierung der medizinischen und pflegerischen
52 Palliativ- und Hospizversorgung am Willen der PatientInnen: Dazu muss
53 Palliativmedizin in der Ausbildung, aber auch in der
54 (berufsbegleitenden) Weiterbildung der verschiedenen Gesundheits-
55 und Pflegeberufe stärker verankert werden. Zum anderen muss in der
56 Ausbildung insbesondere von Ärztinnen und Ärzten die Vermittlung der
57 geltenden Rechtslage in Bezug auf die Behandlung am Lebensende eine
58 größere Rolle spielen. Keine Ärztin, kein Arzt ist gezwungen,
59 lebensverlängernde Maßnahmen gegen den Willen der PatientInnen
60 anzuordnen. So sind etwa der Behandlungsabbruch oder das Unterlassen
61 lebensverlängernder Maßnahmen - die sogenannte passive Sterbehilfe -
62 oder eine konsequente Schmerzbehandlung erlaubt, auch wenn diese
63 potentiell lebensverkürzend wirkt - die sogenannte indirekte
64 Sterbehilfe. Behandlungen in dieser Lebensphase dagegen, die nicht
65 ausdrücklich von den PatientInnen oder ihren gesetzlichen
66 VertreterInnen verlangt worden sind, sind eine Körperverletzung.
- 67 • für eine wirksame rechtliche Grundlage zur besseren Vereinbarkeit von
68 Pflege und Sterbebegleitung, Familie und Beruf: Die jüngste Novelle
69 des Familienpflegezeitgesetzes ist dafür höchstens ein erster Schritt,
70 das Gesetz wird dem tatsächlichen Bedarf bei weitem nicht gerecht und
71 geht an der Lebenswirklichkeit der meisten Menschen vorbei.
- 72 • für den flächendeckenden Ausbau von Beratungs- und
73 Unterstützungsangeboten zur Suizidprävention: Insbesondere braucht es
74 in strukturschwachen Regionen mehr niedrigschwellige Beratungsangebote
75 für Menschen in Krisensituationen, die zugleich Zwangsbehandlungen

76 verhindern. Psychisch kranke Menschen warten durchschnittlich drei
77 Monate auf ein erstes Gespräch bei der Psychotherapeutin oder dem
78 Psychotherapeuten. Besonders dringend ist es daher, einen
79 kurzfristigen Zugang zur Psychotherapie zu organisieren.

Antrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Bundesvorstand

Tagesordnungspunkt: Sterbehilfe

1 Diskussionspapier zur Debatte über organisierte Sterbehilfe

2 Im Herbst 2015 wird der Deutsche Bundestag darüber entscheiden, ob die
3 rechtlichen Bestimmungen zur Beihilfe zum Suizid geändert werden. Dabei geht es
4 im Kern um die Frage, ob die organisierte, also geschäftsmäßige Beihilfe zum
5 Suizid künftig strafbar sein soll.

6 Die Frage nach dem Umgang mit menschlichem Leben - ob am Lebensanfang oder am
7 Lebensende - berührt ethische Grundeinstellungen und verlangt nach einem
8 sensiblen, ernsthaften Umgang jenseits von Fraktionsdisziplin oder
9 parteitaktischen Erwägungen. Im Deutschen Bundestag wird es dazu im Herbst
10 Gruppenanträge geben, für die sich die Abgeordneten je nach ihren persönlichen
11 Grundüberzeugungen über Fraktionsgrenzen hinweg zusammenfinden. Auch unsere
12 Delegierten haben bei der Bundesdelegiertenkonferenz im vergangenen November in
13 Hamburg entschieden, dass sie über diese Frage keine Parteiposition abstimmen
14 wollen, in Respekt vor der Gewissensentscheidung, die damit für alle,
15 insbesondere aber für unsere Bundestagsabgeordneten, verbunden ist. Sehr wohl
16 aber wollen wir dieser wichtigen Debatte einen breiten und angemessenen Raum
17 geben.

18 Deshalb gehen wir mit der Debatte beim Länderrat am 25. April einen neuen Weg.
19 In gegenseitigem Respekt diskutieren wir die unterschiedlichen Positionen.
20 Grundlage dafür ist dieses Diskussionspapier, in dem die beiden Autorengruppen
21 ihre jeweilige Position dargestellt haben: einmal für und einmal gegen die
22 Strafbarkeit von organisierter Beihilfe zum Suizid. Im Anschluss an die
23 zweistündige Debatte werden wir ein Stimmungsbild machen, um sichtbar zu machen,
24 wie die Delegierten zu dieser Frage stehen. Einen Beschluss wird es aber nicht
25 geben. Da diese Diskussionsgrundlage lediglich der Vorbereitung der Debatte
26 dient und kein Antrag ist, können zu dem Papier keine Änderungsanträge gestellt
27 werden.

28 Der Bundesvorstand möchte den Antragstellerinnen und Antragstellern danken, die
29 auf der BDK in Hamburg das Thema mit unterschiedlichen Anträgen auf die Agenda
30 gesetzt und gemeinsam die Länderratsdebatte mit großer Ernsthaftigkeit und
31 großem Respekt vorbereitet haben: Wir danken Renate Künast, Walter Otte, Simon
32 Pabst, Gudrun Pannier und Jürgen Roth, die gegen die Strafbarkeit organisierter
33 Sterbehilfe argumentieren. Der Dank gilt ebenso Volker Beck, Maria Klein-
34 Schmeink, Elisabeth Scharfenberg, Kerstin Täubner-Benicke und Harald Terpe, die
35 dafür plädieren, die organisierte Sterbehilfe künftig unter Strafe zu stellen.

36 *****

37 *Renate Künast, Walter Otte, Simon Pabst, Gudrun Pannier, Jürgen Roth:*

38 **Keine Beschränkung der Selbstbestimmung am Lebensende!**
39 **Mehr Fürsorge statt mehr Strafrecht**

40 Viele Menschen bewegt die Frage, wie ein würdiges Lebensende aussieht. Bei ihrem
41 eigenen Leben, dem Leben von Verwandten, PartnerInnen und FreundInnen. Der
42 größte Wunsch dabei ist in der Regel, dass die letztendliche Entscheidung bei
43 einem selber verbleibt.

44 In der aktuellen Debatte um Sterbebegleitung geht es nicht um die Legalisierung
45 der aktiven Sterbehilfe. Es geht nicht um den Abbruch lebenserhaltender
46 Maßnahmen jenseits einer bewussten Entscheidung des Betroffenen. Es geht um den
47 assistierten Suizid - die Beihilfe zum Freitod.

48 Große Gruppen von Abgeordneten im Deutschen Bundestag - vor allem aus der
49 CDU/CSU und der SPD - fordern, in Zukunft jede Form der (auf Wiederholung
50 angelegten) organisierten Beihilfe zum Suizid strafbar zu machen. Bisher sind
51 in Deutschland jedoch die Selbsttötung und jegliche Beihilfe dazu nach
52 Rechtslage und Rechtsdogmatik straffrei.

53 Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages sollten der Versuchung widerstehen,
54 ihre individuellen moralischen Werte in das Strafgesetzbuch einzufügen. Das
55 Strafrecht ist nicht der Ort, die eigene Weltanschauung oder Religion für andere
56 zum Maßstab zu machen.

57 Wie können wir in Deutschland der Vielfalt der Vorstellungen von einem
58 selbstbestimmten Lebensende, einem Sterben in Würde gerecht werden? Wie Umfragen
59 wiederholt gezeigt haben, ist eine große Bevölkerungsmehrheit gegen ein
60 strafrechtliches Verbot von Sterbehilfe, auch von organisierter. In Gesprächen
61 hören wir: „Mein Lebensende bestimme ich selber. Der Staat soll sich da
62 heraushalten.“

63 Wir bekennen uns zum Recht jedes Menschen auf ein selbstbestimmtes Leben bis zum
64 Tod.

65 Das Grundgesetz garantiert jedem Menschen frei zu handeln, sofern nicht die
66 Rechte anderer verletzt werden. Diese Freiheit muss auch für
67 eigenverantwortliche Entscheidungen über die Art und den Zeitpunkt des eigenen
68 Todes gelten. Die Entscheidung darüber, ob das eigene Leben noch als lebenswert
69 bzw. erträglich eingestuft wird, muss und darf nur bei dem betroffenen Menschen
70 selbst liegen. So wenig, wie jemand zum Leben gezwungen werden darf, darf jemand
71 zum Sterben gedrängt werden.

72 Dabei dürfen wir die Sorge, Menschen könnten zum Suizid gedrängt werden, weil
73 sie ihren Verwandten, ihren Bekannten, ihrer gesamten Um- und Mitwelt zur Last
74 fielen, nicht übergehen. Aber: derzeit ist die Beihilfe zum Suizid rechtlich
75 erlaubt. Für Verwandte, für Ärztinnen und Ärzte und sogar für Vereine. Eine
76 Entwicklung, dass kranke oder alte Menschen vermehrt zum Suizid gedrängt würden,
77 ist nirgendwo erkennbar. Warum also die Rechtslage durch neue Verbote
78 verschärfen?

79 Deswegen halten wir es für richtig, die von Angehörigen, Nahestehenden,
80 Ärztinnen und Ärzten sowie Sterbehilfevereinen geleistete Beihilfe zum Freitod
81 weiterhin straflos zu lassen. Änderungen im Strafrecht sind keine Antwort auf
82 schwierigste Lebenssituationen.

83 Ein Verbot nimmt Menschen, die sich in Not befinden, die Chance, ein
84 ergebnisoffenes Gespräch zu führen. Die Tabuisierung würde noch vergrößert, aber
85 nicht die Prävention. Kranke, Sterbende und ihr Umfeld brauchen ein
86 flächendeckendes und am Selbstbestimmungsrecht orientiertes System von Hilfe.
87 Selbstbestimmung setzt ein breites Angebot an Unterstützung und Gesprächen
88 voraus. So können reflektierte und selbstbestimmte Entscheidungen ermöglicht und
89 Verzweiflungssuizide vermieden werden.

90 Der weitere Ausbau und eine hinreichende Finanzierung der Palliativmedizin und
91 von Hospizen sind deswegen dringend geboten.

92 Auf eine Vielzahl von Suizidwünschen ist die Abwendung stärkster Schmerzen gar
93 keine Antwort. Es geht vielmehr darum, den eigenen Würdevorstellungen
94 entsprechend zu sterben und das eigene Lebensende selbst zu bestimmen. Zum
95 Selbstbestimmungsrecht gehört, palliativmedizinische Angebote nicht anzunehmen
96 und sich zum Sterben zu entschließen.

97 Eine deutlich verbesserte palliativmedizinische Versorgung kann, wird und soll
98 Suizidwünsche reduzieren. Suizidprävention heißt: Ausbau einer flächendeckend
99 angebotenen Suizidkonfliktberatung, die die Menschen in ihrer existenziellen Not
100 annimmt und deren Suizidwunsch nicht tabuisiert, sondern fürsorglich, kompetent
101 und ergebnisoffen erörtert. Eine solche Suizidkonfliktberatung muss Palliativ-
102 und Allgemeinmedizin, Psychiatrie und Sozialeinrichtungen einbeziehen, um ihre
103 Beratungs- und Unterstützungsfunktion für Sterbewillige wirksam wahrnehmen zu
104 können. Ein solches Beratungsangebot ist für eine selbstbestimmte Entscheidung
105 über den eigenen Tod unabdingbar und ethisch geboten. Sterbewillige, die über
106 ihren Sterbewunsch sprechen wollen, dürfen nicht Furcht davor haben,
107 zwangspsychiatrisiert zu werden.

108 Menschen in existenzieller Not brauchen keine strafrechtlichen Drohungen,
109 sondern eine kompetente Beratung, umfassende Informationen über
110 lebensorientierte Hilfsangebote in medizinischer, psychologischer, sozialer und
111 finanzieller Hinsicht. Diese Hilfe setzt Vertrauen voraus. Eine Strafbestimmung
112 zerstört Vertrauen. Sie überzieht sogar todkranke Menschen und ihre Angehörigen
113 mit staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen.

114 Statt zu kriminalisieren, muss die rechtliche Unsicherheit für Ärztinnen und
115 Ärzte in Deutschland ein Ende haben. Deren Standesrecht ist regional
116 unterschiedlich und hat zu einer ärzteberufsrechtlichen Zweiteilung in
117 Deutschland geführt. Allerdings wurde bislang keiner Ärztin und keinem Arzt
118 wegen einer Beihilfe zum Suizid die Approbation entzogen. Wir wollen deswegen
119 Patientinnen und Patienten ermutigen, sich mit einer Ärztin oder einem Arzt
120 ihres Vertrauens auszutauschen. So soll eine eigenverantwortliche Entscheidung
121 des Patienten unterstützt werden. Sollte sich die Patientin oder der Patient für
122 einen Freitod entscheiden, sollen Ärztinnen und Ärzte weiterhin dabei helfen
123 dürfen, ohne dass ihnen daraus Nachteile erwachsen.

124 Einige Menschen, die sich dazu entscheiden, ihr eigenes Leben zu beenden, haben
125 Angehörige oder ihnen nahestehende Personen, die sie um die Beihilfe bitten
126 können. Andere wollen lieber mit Dritten reden, um den Angehörigen oder Freunden
127 die Belastung zu ersparen. Letztere sollten wir nicht schlechter behandeln als
128 jene, die Angehörige und ein soziales Umfeld haben. Deswegen soll es dabei
129 bleiben, dass die Beihilfe zum Freitod nicht nur Einzelpersonen gestattet wird,
130 sondern es soll weiterhin auch Vereine geben dürfen, die Beratung und Hilfe
131 anbieten.

132 Sterbehilfe darf aber nicht zu einer gewinnträchtigen Einnahmequelle werden und
133 nicht aus eigennützigen Motiven geleistet werden dürfen. Eine Kommerzialisierung
134 ist nicht mit der Würde der Sterbewilligen, dem Respekt vor der letzten
135 Lebensphase von Menschen und mit den Anforderungen an eine ethisch begründete
136 Rechtsordnung vereinbar. Notwendige Sorgfaltskriterien bei assistierter
137 Sterbehilfe können durch gesetzliche Vorschriften außerhalb des Strafrechts
138 geregelt werden.

139 *****

140 *Volker Beck, Elisabeth Scharfenberg, Maria Klein-Schmeink, Kerstin Täubner-*
141 *Benicke, Harald Terpe:*

142 **Für die Würde der Sterbenden!**
143 **Beihilfe zum Suizid darf kein regelhaftes Dienstleistungsangebot werden**

144 Krankheit, Leid und Sterben gehören zur menschlichen Existenz. Hilfe im Sterben
145 ist dabei ein selbstverständliches Gebot der Humanität. Sie umfasst alle
146 ärztlichen und pflegerischen Maßnahmen, durch die Schmerzen gelindert und der
147 Sterbevorgang erleichtert werden, einschließlich menschenwürdiger Unterbringung,
148 Zuwendung und Körperpflege.

149 Der Respekt vor der Würde des/der Sterbenden muss dabei im Mittelpunkt stehen.
150 Die Versorgung von Schwerkranken und Sterbenden muss an der Qualität des Lebens
151 und am Willen der Betroffenen in dieser Phase orientieren; dies muss im Zentrum
152 medizinischer und pflegerischer Versorgung stehen. Anstelle reiner
153 Lebensverlängerung müssen alle an der Versorgung Beteiligten die Patientinnen
154 und Patienten und ihre Angehörigen befähigen, selbst entscheiden zu können,
155 welche Behandlungs- und Therapiemaßnahmen gewünscht werden und auf welche
156 verzichtet werden soll. Was hilft der/dem Betroffenen, seine Lebensqualität zu
157 verbessern? Was ist womöglich nur leidensverlängernd?

158 Der rechtliche Rahmen für die Versorgung von Sterbenden hat sich in den letzten
159 Jahren durch Gesetze und Rechtsprechung fortentwickelt. Die sogenannte indirekte
160 Sterbehilfe wie auch die passive Sterbehilfe sind bereits heute ausdrücklich
161 erlaubt.

162 • Gerechtfertigter Behandlungsabbruch (sog. passive Sterbehilfe):

163 Ein Behandlungsabbruch, das Unterlassen, Begrenzen oder Beenden einer begonnenen
164 medizinischen Behandlung einschließlich der Einstellung der künstlichen
165 Ernährung ist - unabhängig vom Stadium einer Erkrankung - nach § 1901a BGB
166 zulässig, wenn dies dem tatsächlichen oder mutmaßlichen Patientenwillen
167 entspricht. Der Bundesgerichtshof hat dieses Recht in seiner Entscheidung von
168 2010 erneut gestärkt. Die Anordnung oder Fortsetzung von Therapien und
169 Medikationen ohne ausdrückliche Zustimmung des Patienten oder seines
170 gesetzlichen Vertreters stellt eine Körperverletzung dar.

171 • Schmerzbehandlung mit Risiko der Lebensverkürzung (sog. indirekte
172 Sterbehilfe):

173 Die Verabreichung einer schmerzlindernden, aber potentiell lebensverkürzenden
174 Medikation ist ebenfalls ausdrücklich erlaubt. Der Bundesgerichtshof entschied
175 schon 1996, dass eine ärztlich gebotene schmerzlindernde bei einem Sterbenden
176 nicht deswegen unzulässig ist, weil sie als (unbeabsichtigte, aber in Kauf
177 genomme) unvermeidbare Nebenfolge den Todeseintritt beschleunigen kann.

178 Niemand ist demnach gezwungen, lebensverlängernde Maßnahmen gegen den Willen der
179 PatientInnen anzuordnen oder zu dulden und das Leiden oder die Qualen zu
180 verlängern. ÄrztInnen müssen dazu angehalten werden, in dieser letzten Phase des
181 Lebens Behandlungs- und Therapiephase mit den PatientInnen oder/und ihren
182 gesetzlichen VertreterInnen zu erörtern: Was ist lebensqualitätsverbessernd? Was
183 ist lebens- und womöglich nur leidensverlängernd? Die Anordnung oder Fortsetzung
184 von Therapien und Medikationen ohne ausdrückliche Zustimmung des Patienten oder
185 seines gesetzlichen Vertreters stellt eine Körperverletzung dar. Die
186 Zulässigkeit dieses Vorgehens muss in Ärzteaus- und -weiterbildung eine größere
187 Rolle spielen als bisher, damit rechtliche Unsicherheiten abgebaut werden. Zudem
188 muss die Bevölkerung über diese Rechte stärker aufgeklärt werden, damit
189 PatientInnen ihren Willen formen und artikulieren können und dieser dann auch
190 die Behandlung bestimmt.

191 Es gibt dennoch viele Ängste und Unsicherheit bei der Versorgung von
192 Schwerstkranken und Sterbenden. Nach einer Befragung des Deutschen Hospiz- und
193 Palliativverbandes von 2012 erklären 37% der Befragten, dass sie Angst davor
194 haben, beim Sterben der „Apparatemedizin“ hilflos ausgeliefert zu sein. 36%
195 hatten Angst vor Schmerzen, 15% vor Einsamkeit und 27% davor, jemandem zur Last
196 zu fallen. 78% wussten darüber hinaus nicht, dass die Betreuung durch ein Hospiz
197 oder einen Hospizdienst für sie kostenlos ist. Forderungen nach einer
198 Institutionalisierung der (ärztlich) assistierten Beihilfe zum Suizid, die
199 teilweise in Umfragen sogar eine Mehrheit finden, sind eine Reaktion auf diese
200 Ängste - und ein Alarmsignal.

201 Es gibt weiterhin Defizite in der Versorgung Schwerstkranker und Sterbender.
202 Dies zu ändern ist die Aufgabe der Politik. Defizite, beispielsweise beim
203 flächendeckenden Ausbau der Palliativmedizin, können und dürfen aber kein
204 Argument für den Ruf nach Angeboten zum assistierten Suizid sein. Dies wäre die
205 hilfloseste Antwort in unserem Umgang mit Sterbenden.

206 Suizide sind mehrheitlich ein Phänomen der zweiten Lebenshälfte. Rund 40% aller
207 vollzogenen Suizide werden von Menschen über 60 Jahren begangen. Als Gründe für
208 ihren Sterbewunsch geben Betroffene über 60 häufig an, nicht zur Last fallen zu
209 wollen, Angst vor Verlust der Selbstständigkeit, Demenz oder Pflegebedürftigkeit
210 zu haben.

211 Niemand stellt in der aktuellen Diskussion die Straffreiheit des Suizids in
212 Frage. Wir lehnen es allerdings ab, dass der assistierte Suizid als normales
213 Dienstleistungsangebot oder gar als Form der gesundheitlichen Versorgung von
214 Kranken und Pflegebedürftigen in Deutschland etabliert wird. Wenn der
215 assistierte Suizid zur sozial akzeptierten Alternative zum natürlichen
216 Sterbeprozess würde, wäre zu befürchten, dass der Druck auf Menschen stiege, von
217 dieser Option auch Gebrauch zu machen. Die Arbeit von Organisationen wie
218 Sterbehilfe Deutschland oder Dignitas muss daher rechtlich unterbunden werden.

219 Deshalb wollen wir geschäftsmäßige und organisierte Sterbehilfe verbieten.
220 Organisiertes Handeln liegt vor, wenn die Tätigkeiten in regelhaften Abläufen
221 oder festgelegten Strukturen erfolgen. Damit fallen Angehörige und auch
222 ÄrztInnen, die eine feste Beziehung zur Patientin/zum Patienten haben, nicht
223 unter diese Bestimmung, da sie nicht organisiert handeln. Diese Menschen
224 befinden sich in einer persönlichen Ausnahmesituation, in denen wir eine
225 strafrechtliche Verfolgung für unangemessen halten.

226 In unserer Gesellschaft leben immer mehr ältere und pflegebedürftige Menschen,
227 Menschen mit psychischen Erkrankungen und immer mehr Alleinstehende. Mit welchem
228 Gefühl des Willkommen- und Aufgehobenseins sie in unserer Mitte leben können -
229 das ist nach unserer Auffassung auch vom Ausgang der aktuellen Debatte abhängig.
230 Wenn dem Leben wegen des Verlusts der Selbstständigkeit, einer demenziellen
231 Erkrankung, eines Leidens oder Pflegebedürftigkeit sein Wert abgesprochen wird,
232 ist dies ein Angriff auf die Würde des Menschen. Gerade in diesen Lebensphasen
233 sind Menschen besonders verletzlich und müssen sie vor Druck und Angriffen auf
234 ihre Existenz durch Nützlichkeits- und Kostenüberlegungen geschützt werden.

U-01

Antrag

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: Bundesvorstand

Tagesordnungspunkt: Urabstimmungsordnung

1 **Antrag zur Änderung der Urabstimmungsordnung - Doppelungen in
Satzung und Urabstimmungsordnung streichen**

2 **§ 2 Abs. 1 streichen**

3 und

4 **in § 2 Abs. 2 Satz 1**

5 *„Zusätzlich zu dem Antragstext müssen einer Urabstimmungsinitiative folgende*
6 *Unterlagen beigefügt sein:“*

7 **ersetzen durch:**

8 *„Der Urabstimmungsinitiative von Parteigremien entsprechend § 24 Abs. 2 Satzung*
9 *sind zusätzlich zu dem Antragstext einer Urabstimmungsinitiative folgende*
10 *Unterlagen beizufügen:“*

Begründung

Die Frage des Antragsrecht ist in § 24 Abs. 2 Satzung vollständiger geregelt. Deshalb wird Abs. 2 entsprechend angepasst, um ohne Abs. 1 allein zu stehen. Die Beschlussgremien sind in der Satzung in § 10 Abs. 1 geregelt.

U-02

Antrag

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: Bundesvorstand

Tagesordnungspunkt: Urabstimmungsordnung

1 **Antrag zur Änderung der Urabstimmungsordnung - Aussendung
der Reader**

2 **in § 5 Abs. 5**

3 *„in ausreichender Anzahl allen Kreisverbänden zuzusenden.“*

4 **ersetzen durch**

5 *„allen Kreisverbänden zur Verfügung zu stellen.“*

Begründung

Eine elektronische Zurverfügungstellung sollte heutzutage ausreichend sein. Der Druck und Versand der Unterlagen für alle Kreisverbände in unbestimmter Anzahl ist weder ökologisch noch notwendig. Auf Nachfrage können Mitglieder aber selbstverständlich Papierexemplare in der Bundesgeschäftsstelle anfordern.

U-03

Antrag

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: Bundesvorstand

Tagesordnungspunkt: Urabstimmungsordnung

1 **Antrag zur Änderung der Urabstimmungsordnung - Ortsverbände streichen**

2 In der gesamten Urabstimmungsordnung die Ortsverbände als von der Bundesebene zu
3 informierenden Kreis streichen.

4 **Streichen** von „Orts- und“ in § 4 Abs. 4

5 **Streichen** von „und Ortsverbände“ in § 5 Abs. 2

6 **Streichen** von „- und Orts“ in § 5 Abs. 7 und § 5 Abs. 9

Begründung

Die Pflege der Adressen der Ortsverbände ist aufgrund häufiger Wechsel der AnsprechpartnerInnen und der Tatsache, dass es in der Regel keine Geschäftsstellen gibt, praktisch unmöglich. Der Bundesverband kann deshalb dieser Informationspflicht realistisch nicht nachkommen, da ihm die Adressen nicht vorliegen. In der Urabstimmungsordnung ist aber an allen relevanten Stellen enthalten, dass die Kreisverbände ihre Mitglieder/Mitgliederbasis informieren müssen. Somit bleibt der Informationsfluss gewahrt.

U-04

Antrag

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: Bundesvorstand

Tagesordnungspunkt: Urabstimmungsordnung

1 **Antrag zur Änderung der Urabstimmungsordnung - Form der
Stellungnahme und der Bewerbungen**

2 **In § 5 Abs. 2 und 7**

3 **„schriftlich“ ersetzen durch „in Textform“**

Begründung

Der Begriff "schriftlich" verweist auf § 126 BGB, wonach eine eigenhändige Unterschrift unter dem Dokument erforderlich ist. Für den organisatorischen Ablauf ist aber eine elektronische Bewerbung heutzutage ohnehin unbedingt von Nöten und es macht den Prozess sehr kompliziert, beides einzufordern, gerade wenn die Fristen kurz sind.

U-05

Antrag

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: Bundesvorstand

Tagesordnungspunkt: Urabstimmungsordnung

1 Antrag zur Änderung der Urabstimmungsordnung - Bewerbungsvoraussetzung Urwahl

2 In § 5 Abs. 7 am Ende ergänzen:

*3 „und als WahlbewerberIn der Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für den Deutschen
4 Bundestag aufgestellt sind. Außerdem ist es möglich, sich mit einem Votum eines
5 Landes- oder Kreisverbandes zu bewerben, soweit der Landesverband noch keine
6 Landesliste gewählt hat oder der Kreisverband noch nicht an der Aufstellung von
7 DirektkandidatInnen beteiligt war. Jede Gliederung kann maximal ein Votum für
8 eine Person zur Kandidatur als SpitzenkandidatIn vergeben.“*

Begründung

Mit dieser Regel wird sichergestellt, dass alle Direkt- und ListenkandidatInnen das Recht haben für eine Urwahl zu kandidieren. Die letzte Urwahl im Jahr 2012 hat gezeigt, dass es sinnvoll ist, wenn die BewerberInnen als SpitzenkandidatInnen auch für den Deutschen Bundestag kandidieren. Da aber die KandidatInnenaufstellungen in den Landes- und Kreisverbänden oft sehr spät stattfinden, gibt es durch die Möglichkeit des Votums die Chance dadurch den Rückhalt in der Partei für den/die KandidatIn zu sichern, soweit der jeweilige KV oder LV noch keine KandidatInnen für die Bundestagswahl aufgestellt hat.

U-06

Antrag

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: Bundesvorstand

Tagesordnungspunkt: Urabstimmungsordnung

1 **Antrag zur Änderung der Urabstimmungsordnung - Eigener Paragraph Urwahl**

2 § 5 Abs. 7-9 in einen neuen eigenen Paragraphen „Urwahl Bewerbungsphase“ fassen

Begründung

Verbessert die Übersichtlichkeit der Urwahlordnung

Antrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Bundesvorstand

Tagesordnungspunkt: Urabstimmungsordnung

1 Antrag zur Änderung der Urabstimmungsordnung - Fristen Diskussionsphase und Abstimmungszeit

2 § 6 Abs. 3 Satz 2

3 *„Bei Benennungen von Spitzenkandidaturen nach § 24 Absatz 7 der Satzung sind die*
4 *Urabstimmungsbriefe frühestens drei Wochen, spätestens sechs Wochen nach der*
5 *Veröffentlichung der Bewerbungsschreiben zu versenden.“*

6 **ersetzen durch:**

7 *„Bei Benennungen von Spitzenkandidaturen nach § 24 Absatz 7 der Satzung kann von*
8 *der genannten Frist abgewichen werden.“*

9 **und in § 7 Abs. 3 ersetze**

10 *„28. Tag“ durch „42. Tag“*

Begründung

In der letzten Urwahl hat sich gezeigt, dass die Zeit zwischen Bewerbungsschluss und Versendung der Urabstimmungsbriefe relativ großzügig bemessen war. Die Frist von drei Wochen bis zum Einsendeschluss war jedoch zur Versendung und Rücksendung der Urabstimmungsbriefe sehr knapp bemessen, vor allem mit Blick auf Mitglieder im Ausland und Nachsendung von Urabstimmungsbriefen bei falschen oder fehlenden Adressen. Durch die Einführung der Bewerbungsvoraussetzung wird sich im Verfahren wahrscheinlich die Bewerbungszeit verlängern. Die Urwahl sollte jedoch insgesamt nicht zu weit in die Länge gezogen werden. Zudem gibt es zum Teil

äußere Rahmenbedingungen, die die Durchführungszeit begrenzen. Deshalb sollte die Möglichkeit geschaffen werden, mit der Diskussionsphase über KandidatInnen flexibler umzugehen und die Urabstimmungsbriefe schon früher abzusenden. Natürlich wird die bestehende Frist bei der Urabstimmung und die bisherige Frist bei der Urwahl auch weiter eine Orientierung bieten.

Antrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Bundesvorstand

Tagesordnungspunkt: Urabstimmungsordnung

1 **Antrag zur Änderung der Urabstimmungsordnung - Ermöglichung
der elektronischen Versendung der Urabstimmungsunterlagen**

2 **In § 6 Abs. 3 und § 7 Abs. 3**
3 *„Urabstimmungsbriefe“*
4 **ersetzen durch**
5 *„Urabstimmungsunterlagen“*

6 **In § 7 Abs. 1**
7 *„einen Urabstimmungsbrief“*
8 **ersetzen durch**
9 *„Urabstimmungsunterlagen“*

10 **und**
11 *„Umschlag für Abstimmungsformular“ sowie „Abstimmungsbrief“ streichen.*

12 **In § 7 Abs. 4**
13 *„der Frankatur des Abstimmungsbriefes“*
14 **ersetzen durch**
15 *„des Versendens der Abstimmungsunterlagen“*

16 **In § 8 Abs. 2**
17 *„Zahl der versandten Urabstimmungsbriefe“*
18 **ersetzen durch**
19 *„Zahl der versandten Urabstimmungsunterlagen“*

Begründung

Sollte es eine technische Lösung geben, die Urwahlunterlagen elektronisch so zu erstellen und zu verschicken, dass sie nach dem Ausdrucken noch eindeutig einem Mitglied zuordenbar sind und eine Fälschung und Mehrfachabstimmung ausgeschlossen werden kann, könnte dies zu erheblichen Zeit- und Kosteneinsparungen führen. Zwar ist das derzeit noch nicht gegeben, aber für die Zukunft sollte die Möglichkeit in der Ordnung zumindest eröffnet werden.

U-09

Antrag

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: Bundesvorstand

Tagesordnungspunkt: Urabstimmungsordnung

1 **Antrag zur Änderung der Urabstimmungsordnung -
Durchführungsregelung vereinfachen**

2 **In § 7 Abs. 1**

3 *"Eidesstattliche Erklärung"*

4 **ersetzen durch**

5 *"Persönliche Versicherung"*

6 **§ 7 Abs. 2 ersetzen durch**

7 *„Das Abstimmungsformular sowie die ausgefüllte persönliche Versicherung sind bis*
8 *zum Einsendeschluss zurück zu senden.“*

Begründung

Die detaillierte Regelung des Abstimmungsverganges hat in der Umsetzung zu erheblichen Problemen bei der Durchführung der Urabstimmung geführt. So gab es zum Beispiel praktische Probleme Dokumente nachzusenden durch die Durchnummerierung der eidesstattlichen Erklärungen. Außerdem stellte sich der Poststempel als nicht mehr zeitgemäß heraus, da es elektronische Briefmarken ohne Stempel gibt. Die Regelungen in Absatz 1 und 3 sind ausreichend, um die wichtigsten Rahmendaten für die Urabstimmung vorzugeben. Trotz der Vereinfachung soll und muss auch in Zukunft sichergestellt werden, dass jedes Mitglied nur einmal abstimmt. Im Zuge des Voranschreitens der Technik sind aber auch andere Lösungen wie z.B. über einen QR-Code oder einen Strichcode denkbar. Eine Vorfestlegung durch die Urabstimmungsordnung ist an dieser Stelle aber nicht notwendig.

Antrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Bundesvorstand

Tagesordnungspunkt: Urabstimmungsordnung

1 Antrag zur Änderung der Urabstimmungsordnung - Einsendeschluss neu definieren und Auszählungszeiten anpassen

2 § 7 Abs. 3 ersetze

3 „Der Einsendeschluss“ durch „Die Eingangsfrist“

4 und

5 in § 8 Abs. 2 (und hilfsweise in § 7 Abs. 2 falls die Streichung des gesamten
6 Absatzes nicht angenommen wird) **streiche**

7 „(Datum des Poststempels)“

8 und

9 In § 8 Abs. 1 ersetze

10 „5.- 10. Tag“ durch „1.-5. Tag“

Begründung

Der Einsendeschluss, der üblicherweise als Datum des Poststempels definiert wird, hat sich im Zuge der letzten Urwahl als nicht sinnvoll herausgestellt, da es zum Beispiel Briefmarken gibt, die nicht mehr abgestempelt werden, sondern einen Monat gültig sind. Zudem waren die Poststempel zum Teil kaum oder gar nicht lesbar und eine Abgabe von Briefen bei Urwahlveranstaltungen war nicht möglich.

Durch die Änderung des Einsendeschlusses zu einer Eingangsfrist kann unmittelbar nach Ablauf dieser Frist mit der Auszählung begonnen werden.

U-11

Antrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Bundesvorstand

Tagesordnungspunkt: Urabstimmungsordnung

1 **Antrag zur Änderung der Urabstimmungsordnung - Frist zur
Unterlagen Aufbewahrung**

2 **§ 10 Abs. 2 ersetzen durch**

3 *„Die Urabstimmungsunterlagen können zwei Monate nach Veröffentlichung des*
4 *Ergebnisses vernichtet werden.*

5 *Die Auszählung und das Ergebnis sind in geeigneter Form zu dokumentieren.“*

Begründung

Es fehlt bisher eine Regelung zu Aufhebungsfristen der eingegangenen Abstimmungsunterlagen. Wenn innerhalb von zwei Monaten kein Widerspruch zum Ergebnis gekommen ist, ist es auch juristisch nicht mehr anfechtbar.

Antrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Landesvorstand Bayern

Tagesordnungspunkt: Verschiedenes

1 G7-Gipfel: Kritisch begleiten, verantwortlich handeln

2 **Klima retten, internationalen Handel fair gestalten, Armut bekämpfen!**

3 Anfang Juni kommen die Staats- und Regierungschefs der führenden
4 Industriestaaten zum G7-Gipfel zusammen. Weiträumig abgeschottet von der
5 Öffentlichkeit treffen sie sich auf Schloss Elmau im bayerischen Garmisch-
6 Partenkirchen. Die G7 repräsentieren nur etwas mehr als 10 Prozent der
7 Weltbevölkerung. Sie prägen aber mit ihrer Politik die Lebensrealitäten der
8 Menschen überall auf dem Globus, die zu einem großen Teil unter den vielfältigen
9 Folgen eines ungezügelten Kapitalismus leiden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern die
10 G7-Staats- und Regierungschefs dazu auf, ihrer großen Verantwortung gegenüber
11 der Weltbevölkerung und zukünftigen Generationen gemäß zu handeln und
12 verhandeln. Der Gipfel muss dazu beitragen, das Klima zu retten, den
13 internationalen Handel fair zu gestalten und Armut zu bekämpfen.

14 **Klima retten: Raus aus Kohle & Fracking**

15 Kurz vor der Klimakonferenz in Paris im Dezember 2015 will Kanzlerin Merkel die
16 Klimapolitik zu einem Schwerpunkt des G7-Gipfels machen. Doch mit
17 unverbindlichen Absichtserklärungen ist das Klima nicht zu retten. Wir fordern,
18 die deutsche G7-Präsidentschaft dazu zu nutzen, dass die führenden
19 Industriestaaten jetzt verbindliche und ehrgeizige Klimamaßnahmen ergreifen. Um
20 eine unkontrollierbare Klimakrise zu verhindern, darf sich die Erde bis Ende
21 dieses Jahrhunderts höchstens um zwei Grad erwärmen. Dieses Ziel ist noch zu
22 erreichen, wenn wir jetzt entschlossen handeln.

23 Die Industriestaaten stehen dabei besonders in der Pflicht. Sie müssen mit gutem

24 Beispiel voran gehen und konsequent von fossilen Energieträgern auf erneuerbare
25 Energien umsteigen. Die Förderung von Erdgas und Öl mittels Fracking muss sofort
26 beendet werden. Der Neubau von Kohlekraftwerken muss gestoppt und ein rascher
27 Ausstieg aus der klimaschädlichen Verbrennung von Kohle ermöglicht werden.

28 **Einsatz für fairen Handel: TTIP, CETA, TISA - So nicht!**

29 Mitglieder der G7 arbeiten derzeit an mehreren Handels- und
30 Investitionsabkommen: TTIP, CETA und das geplante multilaterale
31 Dienstleistungsabkommen TISA.

32 Mit TTIP und CETA sollen Schiedsgerichte eingeführt werden, die unseren
33 Rechtsstaat untergraben. Staaten können von Konzernen auf Schadensersatz
34 verklagt werden, wenn sie Gesetze verabschieden, die Investitionen weniger
35 profitabel machen als geplant. Das gilt auch für zentrale politische Fragen wie
36 die Förderung von Erdgas mittels Fracking oder den Anbau von Gentechnik. Mit den
37 Abkommen drohen zudem nationale und europäische Standards in der Sozial-,
38 Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutzpolitik massiv abgesenkt zu werden.
39 Länder des globalen Südens werden durch die bilateralen Abkommen gezwungen, sich
40 an für sie nachteilige Regeln anzupassen, was die strukturelle Ohnmacht vieler
41 Staaten innerhalb der internationalen Handelsbeziehungen verschärfen würde.

42 Außerdem besteht die Gefahr, dass durch TTIP, CETA und TISA die öffentliche
43 Daseinsvorsorge einem zunehmenden Privatisierungsdruck ausgesetzt wird. So ist
44 angedacht, dass einmal privatisierte Betriebe nicht mehr in die öffentliche Hand
45 zurückgeführt werden dürfen. Das würde den Gestaltungsspielraum der Kommunen
46 untergraben.

47 Die vom Europäischen Rat beschlossenen Mandate für TTIP und TISA und CETA, sowie
48 der vorliegende Vertragstext für CETA zeigen in die falsche Richtung deshalb
49 lehnen wir die Verhandlungsergebnisse ab. Wir fordern eine andere Handelspolitik
50 der EU und wollen entsprechende Abkommen transparent verhandeln und nach
51 sozialen, ökologischen und menschenrechtliche Kriterien ausrichten. Etablierte
52 rechtsstaatliche Institutionen dürfen dadurch nicht in Frage gestellt werden.
53 Dem freien Handel darf nicht alles untergeordnet werden. Handelspolitik muss
54 eingebettet sein in Strategien zur Bekämpfung der Klimakrise und des
55 Artenschwundes, der weltweiten Armut und des Hungers. Als Antwort auf die
56 Globalisierung braucht es internationale Übereinkommen. Aber solche, die die
57 Weiterentwicklung sozialer und ökologischer Standards erleichtern, sowie die
58 Bedingungen für fairen Handel verbessern. CETA, TTIP und TISA müssen deshalb
59 gestoppt und Verhandlungen zu den EU-Handelsabkommen nach diesen Maßstäben neu
60 aufgestellt werden.

61 **Armut und soziale Ungleichheit bekämpfen**

62 Die Menschheit verfügt über die politischen, wirtschaftlichen und
63 technologischen Mittel, faire Chancen für Alle zu eröffnen, ohne dass wir dabei
64 weiterhin Raubbau an der Natur betreiben müssen. Aber stattdessen spitzen sich
65 die globalen Krisen zu: Klimawandel, Hungersnöte und erschütternde Armut sind

66 Auswüchse des aktuellen globalen Wirtschafts- und Finanzsystems indem auch auf
67 Kosten der globaler Gerechtigkeit gewirtschaftet wird.

68 Die Armutsbekämpfung stand bei G7/G8-Gipfeln immer wieder auf der Tagesordnung.
69 Doch es blieb bei leeren Worten. Kaum ein G7-Land wendet, die seit langem
70 zugesagten, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe auf.
71 Gleichzeitig entfallen weiterhin etwa 60 Prozent der weltweiten Militärausgaben
72 auf die G7-Staaten und Agrarexporte aus den G7-Staaten zerstören kleinbäuerliche
73 Strukturen im globalen Süden.

74 Die bisherige Entwicklungspolitik muss neu ausgerichtet werden. Mit dem Aufstieg
75 der Schwellenländer ist die Aufteilung der Welt in den reichen Norden und den
76 armen Süden überholt und auch innerhalb vieler Länder öffnet sich die Schere
77 zwischen Arm und Reich immer mehr. Die ärmsten Länder, insbesondere die
78 politisch fragilen Staaten, drohen im Elend zu verharren. Gleichzeitig leben
79 zwei Drittel der Ärmsten heute in Ländern mit mittlerem Einkommen. Die Politik
80 der G7-Staaten muss darauf reagieren, sie muss sowohl ihr Selbstverständnis als
81 auch den Instrumentenkasten anpassen. Entwicklungspolitik muss deshalb auch mit
82 anderen Politikfeldern wie z.B. der Wirtschafts- und Agrarpolitik abgestimmt
83 werden.

84 **Kommt am 4. Juni nach München!**

85 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN begleiten die G7-Vorbereitung und den Gipfel kritisch und
86 setzen sich mit den dort zu behandelnden Themen auseinander, um praktikable
87 Lösungen für die Probleme zu finden, die uns alle angehen. Wir Grüne wollen den
88 Gipfel nutzen, Alternativen zur Politik der Industrienationen aufzuzeigen. Wir
89 stehen ohne Wenn und Aber zum Demonstrationsrecht und gehen zusammen mit einem
90 breiten gesellschaftlichen Bündnis am 4. Juni in München auf die Straße. Die
91 Politik der G7-Staaten ist dafür verantwortlich, den weltweiten Kampf für mehr
92 Klimaschutz, für einen freien und fairen Handel und für den Ausgleich zwischen
93 Arm und Reich voranzubringen. Mit einem bunten und friedlichen Protest werden
94 wir Bundeskanzlerin Merkel und die anderen Regierungen an Ihre Verantwortung und
95 ihren Auftrag erinnern.

96 Kommt zahlreich!

Antrag

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: Bundesvorstand

Tagesordnungspunkt: Verschiedenes

1 **Gemeinsam gegen die Klimakrise**

2 2015 ist ein entscheidendes Jahr für den Klimaschutz. Auf der Klimakonferenz in
3 Paris ringen die Staaten der Welt um ein neues Klimaabkommen und eine gemeinsame
4 Antwort auf die globale Klimakrise. Hierfür sind Pioniere unerlässlich, die
5 zeigen: Klimaschutz und eine sichere Energieversorgung sind vereinbar. Doch in
6 Deutschland steht die Bundesregierung vor dem Offenbarungseid, ihre
7 selbstgesteckten Klimaschutzziele deutlich zu verfehlen.

8 Für uns Grüne ist klar: Wir müssen jetzt handeln, um unseren Planeten für uns
9 und unsere Kinder lebenswert zu erhalten. Erste Folgen der Klimakrise sind heute
10 schon spürbar durch verdorrte Ernten, gefährliche Fluten und entfesselte
11 Wirbelstürme. Nichthandeln ist sehr viel teurer als Handeln. Zudem stellt die
12 Klimakrise eine Gefahr für Frieden und Stabilität dar, wie eine aktuelle
13 Klimastudie zum G7-Gipfel warnt. Deshalb müssen wir es schaffen, den globalen
14 Temperaturanstieg auf höchstens 2 Grad zu begrenzen. Dafür muss ein Großteil der
15 weltweiten Vorräte an Kohle, Öl und Gas im Boden bleiben.

16 Wir Grüne wollen, dass Deutschland wieder Vorreiter wird beim Klimaschutz. Wir
17 wollen alte, dreckige Kohlemeiler schrittweise vom Netz nehmen und sie durch den
18 schnelleren Ausbau der Erneuerbaren Energien und deutlich mehr Energieeffizienz
19 ersetzen. Anders ist das von Kanzlerin Merkel immer wieder bekräftigte Klimaziel
20 von 40% Emissionsminderung bis 2020 nicht zu erreichen. Denn Kohlekraftwerke
21 sind in Deutschland der Klimakiller Nummer eins. Mit dem Kohleausstieg steht und
22 fällt Deutschlands Glaubwürdigkeit in der Klimapolitik.

23 Es ist ein Fortschritt, dass nun auch Bundeswirtschaftsminister Gabriel mehr
24 Klimaschutz von der Kohlewirtschaft einfordert. Sein bisheriger Vorschlag, alte
25 Meiler mit einer Abgabe zu belegen, lässt jedoch einige Hintertüren offen.

26 Kraftwerksbetreiber können sich vom Klimaschutz freikaufen und ihre Kohleblöcke
27 weiterlaufen lassen. Zudem kann Gabriel seinen Vorschlag bislang weder in seiner
28 eigenen Partei noch beim Koalitionspartner durchsetzen. Eine ganz Große
29 Koalition der Kohlefreunde von Energiekonzernen, Gewerkschaften und den
30 MinisterpräsidentInnen von Union und SPD verweigert sich dem Strukturwandel und
31 gefährdet so zehntausende Arbeitsplätze in einer zukunftsfähigen
32 Energiewirtschaft.

33 Wir Grüne setzen dagegen auf klare gesetzliche CO2-Grenzwerte, um
34 Kohlekraftwerke zuverlässig vom Netz zu nehmen. So bauen wir Überkapazitäten ab
35 und bewahren effiziente Gaskraftwerke und die klimafreundliche Kraft-Wärme-
36 Kopplung vor dem Aus. Außerdem setzen wir uns für ein nationales
37 Klimaschutzgesetz ein, das verbindliche Ziele festlegt - nicht allein für den
38 Energiewirtschaft, sondern auch für einen klimafreundlichen Verkehr,
39 energieeffiziente Gebäude und eine klimaschonende Landwirtschaft.

40 Um den Weg zu einem neuen Klimaabkommen zu ebnen, müssen Deutschland und die EU
41 ihre Klimaziele höher stecken. Die Bundesregierung muss die deutsche G7-
42 Präsidentschaft dazu nutzen, dass die führenden Industriestaaten ehrgeizige
43 Klimamaßnahmen ergreifen und Wort halten gegenüber den Entwicklungsländern,
44 denen sie auf früheren Konferenzen Milliarden-Hilfen für den Klimaschutz
45 zugesagt haben.

46 Die Klimakonferenz in Paris und der G7-Gipfel allein werden die Klimakrise nicht
47 lösen. Aber sie können und müssen das Signal für einen neuen Aufbruch geben -
48 gemeinsam gegen die Klimakrise und für die Zukunft unseres Planeten!

Antrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: GRÜNE JUGEND Bundesvorstand

Tagesordnungspunkt: Verschiedenes

1 Völkermord an den Armenier_innen anerkennen!

2 Am 24. April 2015 jährte sich zum 100. Mal der Völkermord an den Armenier_innen
3 im Osmanischen Reich: Im Zuge der „Türkisierung“¹ des Osmanischen Reiches kamen
4 unter der Verantwortung von „Jung-Türken“¹ ca. 1,5 Mio. Armenier_innen² bei
5 systematischen Massendeportationen, Todesmärschen und Massakern ums Leben.

6 Nach der Definition der „UN Konvention über die Verhütung und Bestrafung des
7 Völkermordes“ reicht die Absicht „eine nationale, ethnische, rassische oder
8 religiöse Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören“, um Völkermorde
9 als solche bezeichnen zu können. Viele Nationen haben den Völkermord an den
10 Armenier_innen anerkannt, zu denen zum Beispiel Schweden, Belgien, Frankreich,
11 Griechenland, die Niederlande und der Libanon gehören. Die Schweiz stellt sogar
12 die Leugnung unter Strafe.

13 Doch leider bleibt bis heute das Gedenken an die „Aghet“ („Katastrophe“ auf
14 armenisch) in der Türkei nicht erlaubt. Dieser Völkermord wird von dem
15 juristisch verantwortlichen Nachfolgestaat Türkei abgestritten: Sowohl die
16 systematisch vorbereitete Massendeportation, mit der die Vernichtungsabsicht
17 einhergeht, als auch das Ausmaß der Todesopfer wird verleugnet. Vielmehr spricht
18 die türkische Regierung von „kriegsbedingten Deportationen“. Mit dieser
19 Leugnungspolitik kann keine Aufarbeitung der Gräueltaten ohne staatliche
20 Repressionen stattfindenden und eine Versöhnung bleibt unmöglich.

21 Wir als Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern, dass der Genozid an den Armenier_innen
22 auch in Deutschland als Völkermord anerkannt wird. Wir verurteilen die
23 Verunglimpfung der Opfer durch die Täter_innen und Nachfahren: Für uns ist es
24 indiskutabel den Völkermord an den Armenier_innen in Frage zu stellen oder
25 abzustreiten!

26 Bei der Deportation und der Verfolgung wirkten auch preußische Offiziere mit.
27 Somit kann auch von einer Mitverantwortung des Deutschen Reiches gesprochen
28 werden. Das Deutsche Reich hätte diesen Völkermord aufhalten können! Somit
29 tragen auch wir eine Mitverantwortung an dem ersten Genozid des 20. Jahrhunderts
30 im europäischen Raum - diese Mitverantwortung muss auch im Zuge der
31 interkulturellen Ausrichtung des Schulunterrichtes und Erinnerungskultur
32 thematisiert werden. Desweiteren setzen wir uns ein für die Öffnung der
33 armenisch-türkischen Grenze und die weitere europäische Unterstützung der
34 demokratischen Zivilgesellschaft zur Stärkung der der grenzüberschreitenden
35 Zusammenarbeit zwischen Türk_innen und Armenier_innen. Die Deutsche
36 Verantwortung muss anerkannt und unter Nutzung der Akten im Politischen Archiv
37 des Auswärtigen Amts aufgearbeitet werden.

38 Wir als Bündnis 90/DIE GRÜNEN werden uns neben außerdem bei der Bundesregierung
39 dafür einsetzen, dass die Bundesregierung den Völkermord als solchen anerkennt.

40 ¹ „Jungtürken“ waren eine politische Bewegung im Osmanischem Reich. Sie nutzten
41 die politische, militärische und politische Schwäche des Osmanischen Reiches und
42 putschten sich an die Macht. Bis zum Ende des 1. Weltkrieges versuchten sie
43 diktatorisch das Osmanische Reich zu „türkisieren“: Die „jung-türkische
44 Bewegung“ versuchte das Osmanische Reich religiös (hin zum sunnitischen Islam)
45 und ethnisch (hin zum türkischen) zu homogenisieren. Der Völkermord an den
46 Armenier_innen wird als eine Auswirkung und Maßnahme dieser Homogenisierung des
47 Osmanischen Reiches gesehen.

48 ² [http://www.armenocide.net/armenocide/armgende.nsf/\\$\\$AllDocs/1916-10-04-DE-002](http://www.armenocide.net/armenocide/armgende.nsf/$$AllDocs/1916-10-04-DE-002)

Begründung

mündlich.

Antrag

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: BAG Nord/Süd

Tagesordnungspunkt: Verschiedenes

1 **Umbenennung der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Nord/Süd**

2 Wir beantragen die Umbenennung der Bundesarbeitsgemeinschaft (BAG) Nord/Süd in
3 BAG Globale Entwicklung.

Begründung

Die BAG Nord/Süd befasst sich mit Fragen der Entwicklungspolitik. Die Aufteilung der Welt in „Nord/Süd“ entspricht jedoch schon lange nicht mehr dem entwicklungspolitischen Debattenstand und der GRÜNEN Beschlusslage. Die Aufteilung in einen reichen globalen Norden und einen armen Süden wird den sehr differenzierten Entwicklungen auf allen Kontinenten nicht mehr gerecht. Im Sinne einer nachhaltigen menschenrechtsbasierten Entwicklung, mit dem Ziel Globaler Gerechtigkeit, verstehen wir GRÜNE Entwicklung als Aufgabe, die arbeitsteilig und durch Kooperation auf globaler Ebene erfolgen muss.

Die Namensänderung wird vom BAG-SprecherInnenrat einstimmig unterstützt.

Antrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Omid Nouripour

Tagesordnungspunkt: Verschiedenes

1 Jemen: Bombardements stoppen – Friedensgespräche wieder aufnehmen

2 Der Jemen, das ärmste Land der arabischen Welt, ist schon seit vielen Jahren
3 Schauplatz gewaltsamer Auseinandersetzungen. Auch der Übergangsprozess nach der
4 Revolution von 2011, die für Freiheit, Menschenrechte, Selbstbestimmung und
5 Transparenz gekämpft hatte, konnte die zugrundeliegenden Probleme im Land nicht
6 zufriedenstellend lösen - trotz des vielversprechenden Ansatzes der Nationalen
7 Dialogkonferenz, die alle wichtigen Akteure des Landes, darunter auch zahlreiche
8 Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft, vereinte.

9 Die Houthis aus dem Nordjemen, die aufgrund machtpolitisch motivierter
10 Benachteiligung und Diskriminierung schon seit Jahrzehnten keine adäquate
11 Berücksichtigung im und Beteiligung am politischen Leben erfahren haben, nutzten
12 die zunehmende allgemeine Unzufriedenheit mit der politischen Lage im Land für
13 einen militärischen Feldzug, im Zuge dessen sie im vergangenen Jahr auch die
14 Hauptstadt Sanaa einnahmen und in diesem Jahr den Präsidenten Hadi ins Exil
15 trieben. Dieser Konflikt hat zahlreiche Todesopfer gefordert und die humanitäre
16 Lage im Land weiter verschlechtert.

17 Die Unzufriedenheit ist aber nicht nur auf den Nordjemen beschränkt. Auch im
18 Süden wächst der Unmut mit der Lage des Landes schon seit langem. Davon
19 profitieren sowohl Sezessionistische Bewegungen als auch Al-Qaida, für die das
20 Land eines der wichtigsten Operationsgebiete ist. Die extralegalen
21 Drohnenangriffe der USA, mit der Unterstützung aller bisherigen jemenitischen
22 Regierungen, haben zahlreiche zivile Opfer gefordert und zu dieser
23 Unzufriedenheit wesentlich beigetragen. Sie verschafften den Extremisten
24 weiteren Zulauf.

25 Das Vorgehen der politischen Führung der Houthis und ihrer Verbündeten, die
26 einen komplizierten Konflikt offensichtlich nur mit Waffengewalt und militärisch
27 lösen wollen, verurteilen wir. Gleiches gilt für das Vorgehen vieler anderer
28 Milizen.

29 Die Ursachen für den Konflikt im Jemen sind vielfältig und fast ausschließlich
30 innenpolitischer Natur. Daher kann eine auswärtige militärische Einmischung die
31 Probleme nur weiter verschlimmern. Jegliche iranische Unterstützung für die
32 Houthi-Rebellen ist Wasser auf die Mühlen eines brandgefährlichen regionalen
33 Krieges. Gleiches gilt für das militärische Eingreifen Saudi-Arabiens und seiner
34 Verbündeten. Saudi-Arabien hat durch seine einseitige Einflussnahme für eine
35 Konfliktpartei, deren Eliten unfähig und korrupt und deshalb verhasst sind, den
36 Konflikt im Land schon seit Jahren befeuert. Jetzt drohen seine Militärschläge
37 die konfessionelle Dimension und die Regionalisierung des Konflikts erst
38 herbeizuführen und die Gräben weiter zu vertiefen.

39 Ein konfessioneller Konflikt zwischen Schiiten und Sunniten war im Jemen
40 jahrhundertlang unbekannt und wurde von außen, vor allem aus Saudi-Arabien,
41 künstlich herbeigeführt. Von dieser Polarisierung profitieren gewaltsame,
42 extremistische Gruppierungen, letztlich vor allem Al-Qaida. Zudem werden gezielt
43 staatliche Institutionen und die ohnehin unterentwickelte Infrastruktur
44 bombardiert. Dies schwächt die Staatlichkeit Jemens auf Jahre. Dem Land droht
45 ein langer Bürgerkrieg und ein fortgesetzter Staatszerfall.

46 Die Bundesregierung, die sich in der Vergangenheit sehr besonnen verhalten
47 hatte, stellt sich nun in fahrlässiger Weise hinter die kontraproduktive
48 Eskalationspolitik Saudi-Arabiens. Deutschland genießt im Jemen wegen des
49 jahrzehntelangen entwicklungspolitischen und diplomatischen Engagements, sowohl
50 der Bundesrepublik aber auch der früheren DDR, einen hervorragenden Ruf und wäre
51 ein idealer Vermittlungspartner, zumal Deutschland auch über gute Kontakte zu
52 den Houthis verfügt. Die Bundesregierung ist dabei, diese Chance auf produktive
53 Einflussnahme auf grob fahrlässige Weise zu verspielen. Stattdessen wurde
54 schmallippig „Verständnis“ für das Vorgehen Saudi-Arabiens und seiner Partner
55 geäußert und die Bombardements als „legitim“ bezeichnet.

56 Auch Berichte, wonach über Gebieten unter der Kontrolle der Houthi-Gegner Waffen
57 aus saudischer Lizenzproduktion des deutschen Herstellers Heckler & Koch
58 abgeworfen wurden, unterminieren Deutschlands Glaubwürdigkeit. Sollten sie sich
59 bewahrheiten, unterstriche dies einmal mehr, dass Waffenlieferungen und
60 Lizenzverkäufe an Staaten wie Saudi-Arabien blutige Konflikte befeuern und
61 Deutschlands Ruf nachhaltig beschädigen.

62 Leidtragende des Konflikts ist auch im Jemen vor allem die Zivilbevölkerung.
63 Besonders die drohende Wasserknappheit gibt Anlass zur Sorge. Es ist die
64 Verantwortung Deutschlands und der EU, alle Möglichkeiten für eine diplomatische
65 Lösung des Konflikts auszuschöpfen. Damit eine solche Lösung möglich wird, muss
66 die Bundesregierung sich von allen auswärtigen militärischen Einmischungen im
67 Jemen ausdrücklich distanzieren und sich für ein Waffenembargo gegen alle
68 Konfliktparteien einsetzen. Vor allem muss sie ihre Bemühungen für eine
69 humanitäre Unterstützung der Bevölkerung intensivieren.

70 Wir dürfen es nicht sehenden Auges hinnehmen, wenn ein weiterer Staat und
71 Millionen weiterer Menschen unter die Räder regionaler Machtspiele geraten.

72 Vor diesem Hintergrund fordern BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN:

- 73 • einen sofortigen Stopp der Bombardements der Saudis und ihrer Partner.
- 74 • einen sofortigen Waffenstillstand im Land.
- 75 • ein internationales Waffenembargo gegen alle Konfliktparteien.
- 76 • Friedensgespräche in Anknüpfung an die Nationale Dialogkonferenz,
77 unter Einbeziehung aller Interessengruppen inklusive Houthis, vor
78 allem aus der Zivilgesellschaft.
- 79 • eine Wiederaufnahme des Verfassungsprozesses mit dem Ziel der
80 Aussöhnung und Beteiligung aller Volksgruppen.
- 81 • eine internationale und unabhängige Untersuchung der bisherigen
82 Luftangriffe auf zivile Einrichtungen, allen voran auf das
83 Flüchtlingslager Mazraq.

84 Wir fordern die Bundesregierung auf,

- 85 • alle auswärtigen militärischen Einmischungen in den Jemen deutlich zu
86 verurteilen;
- 87 • ihre Kontakte zu den Konfliktparteien zu nutzen, um auf einen
88 Waffenstillstand und einen politischen Dialog im Land hinzuwirken;
- 89 • ihre humanitären Anstrengungen zu verstärken;
- 90 • den Berichten nach dem Einsatz von Waffen aus deutscher
91 Lizenzfertigung nachzugehen und ggf. alle Möglichkeiten zu nutzen, die
92 Fertigungslizenz an Saudi-Arabien zu widerrufen.

Begründung

mündlich

UnterstützerInnen

- Felix Deist
- Tarek Al-Wazir

Antrag

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: Omid Nouripour

Tagesordnungspunkt: Verschiedenes

Jemen: Militärische Intervention stoppen – Friedensgespräche aufnehmen

Der Jemen, das ärmste Land der arabischen Welt, ist schon seit vielen Jahren Schauplatz gewaltsamer Auseinandersetzungen. Auch der Übergangsprozess nach der Revolution von 2011, die für Freiheit, Menschenrechte, Selbstbestimmung und Transparenz gekämpft hatte, konnte die zugrundeliegenden Probleme im Land nicht zufriedenstellend lösen - trotz des vielversprechenden Ansatzes der Nationalen Dialogkonferenz, die alle wichtigen Akteure des Landes, darunter auch zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft, vereinte.

Die Houthis aus dem Nordjemen, die aufgrund machtpolitisch motivierter Benachteiligung und Diskriminierung schon seit Jahrzehnten keine adäquate Berücksichtigung im und Beteiligung am politischen Leben erfahren haben, nutzten die zunehmende allgemeine Unzufriedenheit mit der politischen Lage im Land für einen militärischen Feldzug, im Zuge dessen sie im vergangenen Jahr auch die Hauptstadt Sanaa einnahmen und in diesem Jahr den Präsidenten Hadi ins Exil trieben. Dieser Konflikt hat zahlreiche Todesopfer gefordert und die humanitäre Lage im Land weiter verschlechtert.

Die Unzufriedenheit ist aber nicht nur auf den Nordjemen beschränkt. Auch im Süden wächst der Unmut mit der Lage des Landes schon seit langem. Davon profitieren sowohl secessionistische Bewegungen als auch Al-Qaida, für die das Land eines der wichtigsten Operationsgebiete ist. Die extralegalen Drohnenangriffe der USA, mit der Unterstützung aller bisherigen jemenitischen Regierungen, haben zahlreiche zivile Opfer gefordert und zu dieser Unzufriedenheit wesentlich beigetragen. Sie verschafften den Extremisten weiteren Zulauf.

25 Das Vorgehen der politischen Führung der Houthis und ihrer Verbündeten, die
26 einen komplizierten Konflikt offensichtlich nur mit Waffengewalt und militärisch
27 lösen wollen, verurteilen wir. Gleiches gilt für das Vorgehen vieler anderer
28 Milizen.

29 Die Ursachen für den Konflikt im Jemen sind vielfältig und fast ausschließlich
30 innenpolitischer Natur. Daher kann eine auswärtige militärische Einmischung die
31 Probleme nur weiter verschlimmern. Jegliche iranische Unterstützung für die
32 Houthi-Rebellen ist Wasser auf die Mühlen eines brandgefährlichen regionalen
33 Krieges. Gleiches gilt für das militärische Eingreifen Saudi-Arabiens und seiner
34 Verbündeten. Saudi-Arabien hat durch seine einseitige Einflussnahme für eine
35 Konfliktpartei, deren Eliten unfähig und korrupt und deshalb verhasst sind, den
36 Konflikt im Land schon seit Jahren befeuert. Jetzt drohen seine Militärschläge
37 die konfessionelle Dimension und die Regionalisierung des Konflikts erst
38 herbeizuführen und die Gräben weiter zu vertiefen.

39 Ein konfessioneller Konflikt zwischen Schiiten und Sunniten war im Jemen
40 jahrhundertlang unbekannt und wurde von außen, vor allem aus Saudi-Arabien,
41 künstlich herbeigeführt. Von dieser Polarisierung profitieren gewaltsame,
42 extremistische Gruppierungen, letztlich vor allem Al-Qaida. Zudem werden gezielt
43 staatliche Institutionen und die ohnehin unterentwickelte Infrastruktur
44 zerstört. Dies schwächt die Staatlichkeit Jemens auf Jahre. Dem Land droht ein
45 langer Bürgerkrieg und ein fortgesetzter Staatszerfall.

46 Die Bundesregierung, die sich in der Vergangenheit sehr besonnen verhalten
47 hatte, stellt sich nun in fahrlässiger Weise hinter die kontraproduktive
48 Eskalationspolitik Saudi-Arabiens. Deutschland genießt im Jemen wegen des
49 jahrzehntelangen entwicklungspolitischen und diplomatischen Engagements, sowohl
50 der Bundesrepublik aber auch der früheren DDR, einen hervorragenden Ruf und wäre
51 ein idealer Vermittlungspartner, zumal Deutschland auch über gute Kontakte zu
52 den Houthis verfügt. Die Bundesregierung ist dabei, diese Chance auf produktive
53 Einflussnahme auf grob fahrlässige Weise zu verspielen. Stattdessen wurde
54 schmallippig „Verständnis“ für das Vorgehen Saudi-Arabiens und seiner Partner
55 geäußert und die Bombardements als „legitim“ bezeichnet.

56 Auch Berichte, wonach über Gebieten unter der Kontrolle der Houthi-Gegner Waffen
57 aus saudischer Lizenzproduktion des deutschen Herstellers Heckler & Koch
58 abgeworfen wurden, unterminieren Deutschlands Glaubwürdigkeit. Sollten sie sich
59 bewahrheiten, unterstriche dies einmal mehr, dass Waffenlieferungen und
60 Lizenzverkäufe an Staaten wie Saudi-Arabien blutige Konflikte befeuern und
61 Deutschlands Ruf nachhaltig beschädigen.

62 Leidtragende des Konflikts ist auch im Jemen vor allem die Zivilbevölkerung.
63 Besonders die drohende Wasserknappheit und der Mangel an Treibstoff nehmen
64 dramatische Ausmaße an. Es ist die Verantwortung Deutschlands und der EU, alle
65 Möglichkeiten für eine diplomatische Lösung des Konflikts auszuschöpfen. Damit
66 eine solche Lösung möglich wird, muss die Bundesregierung sich von allen
67 auswärtigen militärischen Einmischungen im Jemen ausdrücklich distanzieren und
68 sich für ein Waffenembargo gegen alle Konfliktparteien einsetzen. Vor allem muss
69 sie ihre Bemühungen für eine humanitäre Unterstützung der Bevölkerung

70 intensivieren.

71 Wir dürfen es nicht sehenden Auges hinnehmen, wenn ein weiterer Staat und
72 Millionen weiterer Menschen unter die Räder regionaler Machtspiele geraten.

73 Vor diesem Hintergrund fordern BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN:

- 74 • einen sofortigen Stopp der militärischen Intervention Saudi-Arabien und seiner
- 75 Partner;
- 76 • einen sofortigen Waffenstillstand im Land;
- 77 • ein internationales Waffenembargo gegen alle Konfliktparteien;
- 78 • die Einrichtung eines humanitären Korridors zur Versorgung der notleidenden
- 79 Bevölkerung;
- 80 • Friedensgespräche in Anknüpfung an die Nationale Dialogkonferenz, unter
- 81 Einbeziehung aller Interessengruppen inklusive Houthis, vor allem aus der
- 82 Zivilgesellschaft;
- 83 • eine Wiederaufnahme des Verfassungsprozesses mit dem Ziel der Aussöhnung und
- 84 Beteiligung aller Volksgruppen;
- 85 • eine internationale und unabhängige Untersuchung der bisherigen Luftangriffe
- 86 auf zivile Einrichtungen, u.a. auf das Flüchtlingslager Mazraq.

87 Wir fordern die Bundesregierung auf,

- 88 • alle auswärtigen militärischen Einmischungen in den Jemen deutlich zu
- 89 verurteilen;
- 90 • ihre Kontakte zu den Konfliktparteien zu nutzen, um auf einen Waffenstillstand
- 91 und einen politischen Dialog im Land hinzuarbeiten;
- 92 • ihre humanitären Anstrengungen zu verstärken;
- 93 den Berichten nach dem Einsatz von Waffen aus deutscher Lizenzfertigung
- 94 nachzugehen und ggf. alle Möglichkeiten zu nutzen, die Fertigungslizenz an
- 95 Saudi-Arabien zu widerrufen.

UnterstützerInnen

- Tarek Al-Wazir
- Felix Deist

Antrag

1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle

AntragsstellerIn: Rasmus Andresen

Tagesordnungspunkt: Verschiedenes

1 **Bundesregierung muss nationaler Verantwortung für Flüchtlinge endlich gerecht werden - Länder und Kommunen müssen finanziell entlastet werden!**

2 Weltweit sind so viele Menschen auf der Flucht wie seit dem Zweiten Weltkrieg
3 nicht mehr. Angesichts weiter schwelender Konflikte und dem Fortdauern von
4 Kriegen wie dem in Syrien, wird sich diese Entwicklung weiter verschärfen. Die
5 Prognose der Asylantragszahlen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge
6 (BAMF) könnte schon bald auf Druck der Länder von 300.000 auf über 500.000
7 korrigiert werden.

8 Angesichts dieser Entwicklungen muss die Bundesregierung ihrer Verantwortung bei
9 der Aufnahme von Flüchtlingen stärker gerecht werden und strukturelle
10 finanzielle Entlastungen für Länder und Kommunen schaffen. Unsere humanitäre
11 Verpflichtung gegenüber den Menschen, die zu uns kommen, wird nicht kurzfristig
12 beendet sein, viele Menschen werden nie wieder in ihre ehemalige Heimat
13 zurückkehren können.

14 Wir Grüne wollen an der Gemeinschaftsaufgabe Flüchtlingspolitik zwischen Bund,
15 Ländern und Kommunen festhalten. Wir wissen: ohne das Engagement und die
16 Kenntnisse vor Ort gibt es keine inklusive und humane Flüchtlingspolitik. Eine
17 dezentrale Unterbringung und der Zugang zu Bildung und Sprachkursen sind zudem
18 elementar für die erfolgreiche gesellschaftliche Teilhabe von Flüchtlingen.

19 Die vom Bund zugesagten Finanzmittel in Höhe von 500 Millionen Euro für die
20 Jahre 2015 und 2016 reichen aber bei weitem nicht aus, um die Situation in den
21 Ländern und Kommunen nachhaltig zu verbessern. Diese Hilfen müssen dringend
22 verstetigt werden. Dies kann nur durch strukturelle Verbesserungen geschehen.

23 Bei der Einführung der Gesundheitskarte steht Bundesgesundheitsminister Gröhe in
24 der Pflicht, endlich den zugesagten gesetzlichen Rahmen zu schaffen, der es
25 interessierten Flächenländern erlaubt, die Gesundheitskarte einzuführen und
26 somit dringend gebotene Verbesserungen in der Gesundheitsversorgung von
27 Flüchtlingen zu gewährleisten. Unser Ziel bleibt weiter die Abschaffung des
28 diskriminierenden Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG) und die Integration
29 von Schutzsuchenden in die gesundheitliche Regelversorgung.

30 Bundeskanzlerin Merkel und Vizekanzler Gabriel dürfen es nicht bei nebulösen
31 Ankündigungen zur Kostenübernahme und der Verbesserungen bei der
32 Gesundheitsversorgung belassen. Die Bundesregierung muss den Ankündigungen zur
33 finanziellen Entlastung endlich Taten folgen lassen.
34 Wir Grüne fordern deshalb:

- 35 • stärkere Übernahme der Unterbringungskosten durch den Bund. In einem
- 36 ersten Schritt durch die Übernahme der Kosten für die Erstaufnahme.
- 37 • Personalaufstockung beim BAMF um angesichts steigender
- 38 Asylantragszahlen zügige, menschenwürdige und rechtsstaatliche
- 39 Asylverfahren zu gewährleisten.
- 40 • Asylsuchenden den Zugang zu Sprach- und Integrationsförderangeboten zu
- 41 ermöglichen und mit den Ländern entsprechende Modelle zu erarbeiten
- 42 bzw. weiterzuentwickeln.
- 43 • Therapieangebote für schwer traumatisierte Flüchtlinge sicherstellen.
- 44 • Zugang für Flüchtlinge auf den Arbeitsmarkt zu erleichtern.
- 45 • Schaffung eines gesetzlichen Rahmens zur Einführung des
- 46 Gesundheitskarte

UnterstützerInnen

- Sven Lehmann
- Erik Marquardt

Antrag

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: Malte Spitz (KV Münster)

Tagesordnungspunkt: Verschiedenes

1 **Nein zur Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung**

Wir GRÜNE erteilen der geplanten Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung durch die schwarz-rote Bundesregierung eine klare Absage. Die vorgestellten Leitlinien von Bundesjustizminister Heiko Maas, die in Verhandlungen mit Bundesinnenminister Thomas de Maizière einvernehmlich entstanden sind, sind der durchsichtige und von vornherein zum Scheitern verurteilte Versuch die anlasslose Massenüberwachung per Vorratsdatenspeicherung äußerlich umzuetikettieren. Auch die nun vorgelegten Leitlinien stellen einen unverhältnismäßigen Eingriff in unsere Grundrechte dar und führen die bürgerrechtsfeindliche Politik der Großen Koalition fort. Das Grundproblem der anlasslosen Speicherung der Kommunikationsverkehrsdaten großer Teile der digitalen Kommunikation aller Bürgerinnen und Bürger, bleibt bestehen. Durch das Festhalten an einem Instrument aus der Mottenkiste der Sicherheitspolitik, dessen Nutzen für die Strafverfolgungsbehörden bis heute empirisch nicht nachgewiesen werden konnte, ebnet die Bundesregierung weiter den Weg in den Präventivstaat, der seine Bürgerinnen und Bürger unter Generalverdacht stellt. Die Einführung dieser schwarz-roten Vorratsdatenspeicherung wäre ein rechtsstaatlicher Dammbbruch, denn sie widerspricht dem Grundsatz der Unschuldsvermutung.

Die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofs werden völlig unzureichend berücksichtigt. So mag zwar sowohl die marginale Reduzierung der Speicherdauer als auch die Differenzierung zwischen verschiedenen Datenarten einzelne Aspekte der beiden Urteile aufgreifen, gleichzeitig bleiben grundlegende Bedenken der Grundrechtskompatibilität der Vorschläge bestehen, beispielsweise sowohl bezüglich des effektiven Schutzes von BerufsgeheimnisträgerInnen als auch hinsichtlich der Anlasslosigkeit. Das geplante Verwertungsverbot für Daten von BerufsgeheimnisträgerInnen verfehlt sein Ziel. Denn die Verunsicherung in den Verhältnissen zwischen den

29 GeheimnisträgerInnen und ihren MandantInnen, PatientInnen und KlientInnen tritt
30 bereits ein, wenn die Daten gespeichert und erstmalig ausgewertet werden und
31 damit der potentiellen Kenntnisnahme durch Dritte offenstehen. Dass
32 Bundesjustizministerium und Bundesinnenministerium dieses Problem über längst
33 bestehende gerichtliche Beweisverwertungsverbote gelöst sehen wollen, ist
34 billige Augenwischerei und eine Unverschämtheit gegenüber den höchsten
35 Gerichten.

36 Auch verstößt der Vorschlag der Bundesregierung gegen das vor einem Jahr
37 ergangene Urteil des Europäischen Gerichtshofs zur Vorratsdatenspeicherung, nach
38 der eine komplett anlasslose Speicherung von persönlichen Daten grundsätzlich
39 nicht mit dem EU-Grundrecht auf Datenschutz vereinbar ist. Danach muss es
40 zumindest irgendeinen Bezug zwischen den durch die Speicherungspflicht
41 gesammelten Daten und konkreten Verdachts- oder Risikomomenten für Straftaten
42 geben. Diese Anforderung wird angesichts der unterschiedslos vorgeschriebenen
43 Speicherung ebenfalls nicht eingehalten.

44 Auch die Ausführungen zur Datensicherheit sind unzureichend. Keinesfalls genügt
45 es, allein darauf zu verweisen, dass die Daten in Deutschland verarbeitet
46 werden.

47 Die entstehenden Datenberge mit Milliarden sensibler Kommunikationsverkehrs- und
48 Bewegungsdaten werden ein hochattraktives Ziel für illegale Abgriffe und
49 Nutzungen, sei es durch ausländische Nachrichtendienste, organisierte
50 Kriminalität oder den Missbrauch in Unternehmen.

51 Wir GRÜNE erklären unseren Widerstand gegen die Pläne der Bundesregierung zur
52 Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung und werden auch weiterhin auf allen
53 Ebenen und mit allen demokratischen Mitteln dafür kämpfen, diesen massiven
54 Eingriff in unsere Grundrechte zu verhindern. Gemeinsam mit einer aktiven
55 Zivilgesellschaft werden wir auf die Straße gehen und auch einen erneuten Gang
56 vor das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe intensiv prüfen, sobald ein Gesetz
57 vorliegt. Wir haben schon einmal erfolgreich gegen die Vorratsdatenspeicherung
58 einer großen Koalition geklagt und sind zuversichtlich bei den Erfolgsaussichten
59 einer erneuten Klage, sollte das Gesetz so kommen, wie es jetzt angekündigt ist.

60 Dass die beiden zuständigen Minister angekündigt haben, dass an dem gefundenen
61 Kompromiss im Deutschen Bundestag keinerlei Änderungen vorgenommen werden
62 dürften, ist ein Affront gegenüber dem Parlament als Gesetzgeber und
63 dokumentiert das fortschreitende, hochproblematische Bedürfnis nach
64 großkoalitionären Hegemonie.

65 Statt die notwendigen bürgerrechtlichen Konsequenzen aus den Enthüllungen der
66 vergangenen zwei Jahre zu ziehen, setzt die Bundesregierung weiterhin auf
67 anlasslose Massenüberwachung und höhlt Grundrechte aus.

68 Wir fordern die Bundesregierung auf, ihre Pläne zur Wiedereinführung der
69 Vorratsdatenspeicherung umgehend zu beerdigen und stattdessen endlich an
70 rechtstaatskonformen, effektiven und grundrechtsschonenden Instrumenten der
71 Strafverfolgung und Prävention sowie einer personell und technisch gut
72 ausgestatteten Polizei zu arbeiten. Seit Jahren fordern wir GRÜNE die Einführung

73 einer anlassbezogenen Speicherung im konkreten Verdachtsfall im Wege des so
74 genannten „Quick-Freeze-Ansatzes“, der eine tatsächlich effektive
75 Kriminalitätsbekämpfung ermöglicht, ohne den Rechtsstaat konstituierende Grund-
76 und Freiheitsrechte preiszugeben.

77 Anlasslose Massendatenspeicherungen sind ein Irrweg, sicherheitspolitisch wie
78 rechtsstaatlich. Stoppt die Vorratsdatenspeicherung und lasst uns unsere
79 Grundrechte stärken!

80 Begründung der Eilbedürftigkeit:

81 Die Leitlinien der Bundesregierung zur Wiedereinführung der
82 Vorratsdatenspeicherung wurden erst wenige Stunden vor Antragsschluss vorgelegt.

UnterstützerInnen

- Katrin Göring-Eckardt
- Michael Kellner

Antrag

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: Katrin Göring-Eckardt

Tagesordnungspunkt: Verschiedenes

1 **Seenotrettung jetzt**

2 Europa ist in diesen Tagen in eine existenzielle Krise geraten. Durch eigenes
3 Verschulden steht Europa als demokratischer solidarischer und der Humanität
4 verpflichteter Kontinent in Frage. Es sind nicht Hunderte oder tausend, es sind
5 inzwischen mindesten 23.000 Flüchtlinge im Mittelmeer zu Tode gekommen. Es sind
6 Flüchtlinge, die aus Kriegs- und Krisengebieten nach Europa kommen, aus Syrien,
7 aus dem Irak, Eritrea, Afghanistan und vielen weiteren Staaten. Es waren
8 Flüchtlinge. Jetzt sind es die Toten der Europäischen Union. Abschottung war
9 wichtiger als Menschlichkeit. Die deutsche Position, den Schleppern durch
10 Seenotrettung das Handwerk zu erschweren, haben diese Menschen mit ihrem Leben
11 bezahlt. Weil die Europäische Union nicht bereit war, einen zweistelligen
12 Millionenbetrag bereit zu stellen, starben Männer, Frauen und viele Kinder.
13 Heute kann niemand sagen, man wusste ja nicht, was passieren würde. Nicht nur
14 wir Grüne, auch viele NGOs, Hilfsorganisationen, die beiden großen Kirchen,
15 viele Experten, aber auch Verantwortliche vor Ort in Sizilien und Süditalien,
16 Griechenland und Malta haben voraus gesagt und gewarnt, dass ohne Seenotrettung
17 genau dieses massenhafte Sterben passieren würde. Deutschland und andere
18 Mitgliedstaaten können sich ihrer Verantwortung nicht einfach entledigen. Im
19 Gegenteil: Durch die massive technische Aufrüstung der Grenzschutzagentur
20 FRONTEX registrieren die europäischen Grenzschutzbehörden ganz genau, welche
21 menschlichen Tragödien sich an den Außengrenzen abspielen. Europa nimmt dies
22 durch immer mehr Abschottung, unterlassene Hilfeleistung und bewusstes
23 Wegschauen billigend in Kauf und ist somit zu einem großen Teil mitverantwortlich
24 für den qualvollen Tod tausender Menschen.

25 Wir Grünen verlangen sofort ein wirksames Seenotrettungsprogramm als Nachfolger
26 für Mare Nostrum für das Mittelmeer ins Leben zu rufen. Die finanziellen Mittel
27 müssen im Rahmen eines Sofortprogramms auf den Tisch gelegt werden. Es muss
28 dauerhaft eine ausreichende Finanzierung gewährleistet werden. Europa und

29 Deutschland haben die Pflicht, die humanitäre Katastrophe abzuwenden, die
30 derzeit täglich auf dem Mittelmeer stattfindet. Die steigende Zahl von
31 Flüchtlingen hat trotz absolut berechtigter Asylgründe keine realistische
32 Chance, europäisches Territorium überhaupt zu erreichen. Europa schirmt seine
33 Landgrenzen systematisch ab und blendet damit Krieg und Vertreibung an seinen
34 Rändern aus. Flüchtlingen bleibt als einzig verbliebene Chance nur die hoch
35 gefährliche Flucht über das Mittelmeer. Im Rahmen der von der italienischen
36 Marine organisierten Rettungsaktion von Mare Nostrum wurden vom Beginn der
37 Aktion im Herbst 2013 bis zu deren Ende im Herbst vergangenen Jahres nach
38 unabhängigen Schätzungen bis zu 140.000 Menschen gerettet.

39 Nach nur einem Jahr seines Bestehens wurde auch auf Betreiben der
40 Bundesregierung Mare Nostrum nicht verlängert. Die EU-Nachfolgeinitiative Triton
41 zielte von Anfang an nicht auf die Rettung von Schiffbrüchigen, sondern
42 beschränkte sich auf Beobachtung und Abschirmung der Grenzen. Deutschland und
43 auch andere europäische Partner haben sich damals mit dem Argument, es dürfe
44 kein Anreiz für Menschenhandel gesetzt werden, gegen eine Verlängerung des
45 lebensrettenden Programms eingesetzt. Gleichzeitig wurden keine alternativen und
46 sicheren Fluchtkorridore nach Europa geschaffen, damit Flüchtlinge ihr in
47 Artikel 18 der Europäischen Grundrechtecharta verbrieftes Recht auf Asyl
48 überhaupt wahrnehmen können. Weder beteiligt sich die EU am UNHCR-Resettlement-
49 Programm noch sind bis heute humanitäre Visa geschaffen worden, um eine sichere
50 Einreise nach Europa zu ermöglichen. Die katastrophalen Folgen dieser
51 Abschottungspolitik für Leib und Leben der Flüchtlinge waren absehbar und wurden
52 wissentlich und willentlich in Kauf genommen. Es war klar, dass Menschen, die
53 ohne Hoffnung und materielle Grundausstattung am Rande Europas gestrandet sind,
54 sich mangels Rückkehrmöglichkeiten sehenden Auges der konkreten Gefahr des
55 Ertrinkens aussetzen würden. Das Auslaufen von Mare Nostrum war der Versuch, die
56 Schleuserkriminalität auf Kosten des Lebens Unschuldiger zu bekämpfen. Diese
57 Politik des Wegsehens hat Europa an einen Scheidepunkt gebracht. Humanität zählt
58 zu den Grundwerten des Europäischen Projekts und die Rettung Schiffbrüchiger ist
59 solidarische Pflicht seit Jahrhunderten. Europa muss das Konzept der Abschottung
60 sofort gegen ein effektives Instrument der Seenotrettung ablösen.

Begründung

Begründung der Eilbedürftigkeit:

Der Antrag ist eilbedürftig. Die tragischen Unglücke mit mehr als 1.000 Toten Flüchtlingen am letzten Wochenende und damit nach der Antragsfrist haben die Situation entschieden verändert. Aus diesem Grund findet auch am Donnerstag ein kurzfristig anberaumter EU-Sondergipfel zur Flüchtlingskatastrophe statt, auf den wir auf dem Länderrat entsprechend reagieren müssen.

UnterstützerInnen

- Simone Peter
- Toni Hofreiter

Antrag

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: Katrin Göring-Eckardt

Tagesordnungspunkt: Verschiedenes

1 **Seenotrettung jetzt**

Europa ist in diesen Tagen in eine existenzielle Krise geraten. Durch eigenes Verschulden steht Europa als demokratischer, solidarischer und der Humanität verpflichteter Kontinent in Frage. Es sind nicht Hunderte oder Tausende, es sind inzwischen mindestens 23.000 Flüchtlinge im Mittelmeer zu Tode gekommen. Es sind Flüchtlinge, die aus Kriegs- und Krisengebieten nach Europa kommen, aus Syrien, aus dem Irak, Eritrea, Afghanistan und vielen weiteren Staaten. Es waren Flüchtlinge. Jetzt sind es die Toten der Europäischen Union. Abschottung war wichtiger als Menschlichkeit. Die deutsche Position, den Schleppern durch ausbleibende Seenotrettung das Handwerk zu erschweren, haben diese Menschen mit ihrem Leben bezahlt. Weil die Europäische Union nicht bereit war, einen zweistelligen Millionenbetrag bereit zu stellen und für sichere Wege in die Europäische Union zu sorgen, starben Männer, Frauen und viele Kinder. Heute kann niemand sagen, man wusste ja nicht, was passieren würde. Nicht nur wir Grüne, auch viele NGOs, Hilfsorganisationen, die beiden großen Kirchen, viele Experten, aber auch Verantwortliche vor Ort in Sizilien und Süditalien, Griechenland und Malta haben voraus gesagt und gewarnt, dass ohne Seenotrettung genau dieses massenhafte Sterben passieren würde. Deutschland und andere Mitgliedstaaten können sich ihrer Verantwortung nicht einfach entledigen. Im Gegenteil: Durch die massive technische Aufrüstung der Grenzschutzagentur FRONTEX registrieren die europäischen Grenzschutzbehörden ganz genau, welche menschlichen Tragödien sich an den Außengrenzen abspielen. Europa nimmt dies durch immer mehr Abschottung, unterlassene Hilfeleistung und bewusstes Wegschauen billigend in Kauf und ist somit zu einem großen Teil mitverantwortlich für den qualvollen Tod tausender Menschen.

Die auf dem EU-Gipfel vom 23. April 2015 gefassten Beschlüsse reichen nicht aus, um den Flüchtlingen zu helfen. Die Staats- und RegierungschefInnen haben sich auf ein Programm geeinigt, das Flüchtlinge weiterhin unter allen Umständen von

29 der Flucht abhalten soll. Mit der Beibehaltung von Triton ist eben kein neues
30 Seenotrettungsprogramm nach dem Vorbild von Mare Nostrum aufgelegt worden. Dass
31 die EU an dem gescheiterten Programm Triton festhält, ist bezeichnend. Triton
32 ist ein Grenzsicherungsprogramm. Die Aufstockung der Mittel rettet zu wenige,
33 weil der Aktionsradius des Programms bewußt nicht ausgeweitet wurde. Ein
34 Grenzsicherungsprogramm ist kein Seenotrettungsprogramm. Die Schwerpunktsetzung
35 der Ratsbeschlüsse liegt nicht auf der Rettung von Menschenleben, sondern auf
36 der Bekämpfung von Schleppern. Die Logik, Schlepperboote als quasi militärische
37 Ziele zu bekämpfen, zwingt die Flüchtlinge auf noch unsichere Seefahrzeuge
38 auszuweichen. Eine Bekämpfung der Ursachen der Flucht versucht die EU nur
39 ansatzweise. Ein Resettlement-Programm für 5.000 Menschen ist angesichts von bis
40 zu einer Millionen wartender Flüchtlinge schlicht zu wenig.

41 Wir Grünen verlangen die Anstrengungen der EU deutlich zu erhöhen. Die
42 Mitgliedstaaten müssen sich an dem Seenotrettungsprogramm mit einer ausreichenden
43 Zahl von Schiffen und anderem Equipment beteiligen. Das Programm ist zeitlich
44 unbefristet einzurichten und auskömmlich zu finanzieren, es ist ein Primat der
45 Seenotrettung und Nothilfe vor der Strafverfolgung zu betreiben, den
46 Aktionsradius des Programms auf die Küsten Libyens auszuweiten und für sichere
47 Wege z.B. in Form der Einführung eines humanitären Visums zu sorgen.
48 Fluchtursachen müssen langfristig zu bekämpft werden. Eine Aufrüstung von
49 Frontex , wie sie die Europäischen Staats- und Regierungschefs beim europäischen
50 Migrationsgipfel am Donnerstag beschlossen haben, ist kein Ersatz für ein
51 humanitäres Seenotrettungsprogramm.

52 Europa und Deutschland haben die Pflicht, die humanitäre Katastrophe abzuwenden,
53 die derzeit täglich auf dem Mittelmeer stattfindet. Die steigende Zahl von
54 Flüchtlingen hat trotz absolut berechtigter Asylgründe keine realistische
55 Chance, europäisches Territorium überhaupt zu erreichen. Europa schirmt seine
56 Landgrenzen weiterhin systematisch ab und blendet damit Krieg und Vertreibung an
57 seinen Rändern aus. Flüchtlingen bleibt als einzig verbliebene Chance nur die
58 hoch gefährliche Flucht über das Mittelmeer. Im Rahmen der von der italienischen
59 Marine organisierten Rettungsaktion von Mare Nostrum wurden vom Beginn der
60 Aktion im Herbst 2013 bis zu deren Ende im Herbst vergangenen Jahres nach
61 unabhängigen Schätzungen bis zu 150.000 Menschen gerettet.

62 Nach nur einem Jahr seines Bestehens wurde auch auf Betreiben der
63 Bundesregierung Mare Nostrum nicht verlängert. Die EU-Mission Triton zielte von
64 Anbeginn nicht auf die Rettung von Schiffbrüchigen, sondern beschränkte sich auf
65 Beobachtung und Abschirmung der Grenzen. Deutschland und auch andere europäische
66 Partner haben sich damals mit dem Argument, es dürfe kein Anreiz für das
67 Schleusertum gesetzt werden, gegen eine Verlängerung des lebensrettenden
68 Programms eingesetzt. Gleichzeitig wurden keine alternativen und sicheren
69 Fluchtkorridore nach Europa geschaffen, damit Flüchtlinge ihr in Artikel 18 der
70 Europäischen Grundrechtecharta verbrieftes Recht auf Asyl überhaupt wahrnehmen
71 können. Ohne sichere und legale Fluchtwege bleibt den Schutzsuchenden aber
72 nichts anderes als der gefährliche Weg über das Mittelmeer. Wir Grüne fordern,
73 dass EU und Mitgliedsstaaten endlich legale Wege für Flüchtlinge in die EU
74 eröffnen. Dazu gehört, dass die Mitgliedstaaten sich viel stärker als bisher am
75 Resettlementprogramm des Flüchtlingshilfswerks der Vereinten Nationen, UNHCR,
76 beteiligen müssen. Bisher wurden in der gesamten EU nur 37.000 syrische

77 Flüchtlinge aus den Nachbarländern Syriens über das Resettlmentprogramm
78 aufgenommen, obwohl das UNHCR nach mindestens 130.000 Plätzen sucht. Ein Drittel
79 der europäischen Mitgliedstaaten hat sich überhaupt nicht beteiligt. Das muss
80 sich ändern. Zudem müssen Mitgliedstaaten die vorhandenen Möglichkeiten zur
81 Erteilung für humanitäre Visa nutzen. Die Bundesregierung muss sich bei den
82 laufenden Verhandlungen zum europäischen Visakodex dafür einsetzen, dass es in
83 der EU starke, gemeinsame Regeln für humanitäre Visa gibt, statt sie zu
84 blockieren. Für Syrerinnen und Syrer muss die Visumpflicht aufgehoben werden.
85 Wir fordern darüber hinaus die Aktivierung der Richtlinie zum vorübergehenden
86 Schutz.

87 Nichts davon findet sich im Beschluss der Staats- und RegierungschefInnen zur
88 europäischen Migrationspolitik. Zwar sollen mehr Schiffe ins Mittelmeer
89 geschickt werden, jedoch nur im Rahmen der Frontex-Grenzschutzmission Triton und
90 ohne dass das Einsatzgebiet ausgeweitet wird. Triton wird auch weiterhin nur vor
91 der italienischen Küste patrouillieren. Die meisten Flüchtlinge geraten aber vor
92 der libyschen Küste in Seenot. Wir befürchten, dass es deshalb zu weiteren
93 Katastrophen kommen wird. Zudem hat der Gipfel ein beispielloses
94 Abschottungsprogramm beschlossen. Schlepperboote sollen mit militärischen
95 Mitteln noch vor dem Ablegen zerstört werden. Die Bundesregierung hat ihre
96 Beteiligung an der ins Auge gefassten Militäraktion schon zugesagt. Durch
97 Zusammenarbeit selbst mit Krisenstaaten wie Mali und Sudan wollen die
98 Mitgliedstaaten außerdem verhindern, dass sich Flüchtlinge überhaupt auf den Weg
99 an die nordafrikanischen Küsten machen. Sie wollen in Afrika eine vorgelagerte
100 Mauer um die Festung Europa ziehen.

101 Die katastrophalen Folgen dieser Abschottungspolitik für Leib und Leben der
102 Flüchtlinge waren absehbar und wurden wissentlich und willentlich in Kauf
103 genommen. Es war klar, dass Menschen, die ohne Hoffnung und materielle
104 Grundausrüstung am Rande Europas gestrandet sind, sich mangels
105 Rückkehrmöglichkeiten sehenden Auges der konkreten Gefahr des Ertrinkens
106 aussetzen würden. Das Auslaufen von Mare Nostrum war der Versuch, die
107 Schleuserkriminalität auf Kosten des Lebens Unschuldiger zu bekämpfen. Diese
108 Politik des Wegsehens hat Europa an einen Scheidepunkt gebracht. Humanität zählt
109 zu den Grundwerten des Europäischen Projekts und die Rettung Schiffbrüchiger ist
110 solidarische Pflicht seit Jahrhunderten. Europa muss das Konzept der Abschottung
111 sofort gegen ein effektives Instrument der Seenotrettung ablösen und endlich
112 legale und sichere Zugangswege für Flüchtlinge schaffen.

UnterstützerInnen

- Simone Peter
- Toni Hofreiter

Antrag

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: Bundesvorstand (Beschluss vom 13.04.2015)

Tagesordnungspunkt: Wirtschaftspolitik

1 Für Europas Zukunft: Unser Green New Deal

2 Das Streben nach Wohlstand und Stabilität war immer ein wesentliches Motiv für
3 die europäische Integration. Doch Europa kämpft derzeit mit tiefgreifenden
4 ökonomischen und sozialen Problemen. Die Wirtschaftsleistung ist in vielen
5 Ländern stark gesunken, die Arbeitslosigkeit dagegen dramatisch angestiegen.
6 Zudem hat sich die Verschuldung, vor allem im Zuge der Rettung von Banken,
7 massiv erhöht. Die Gefahr einer lang anhaltenden Deflation ist real und
8 keineswegs gebannt.

9 In vielen Mitgliedstaaten wachsen Jugendliche in prekären Verhältnissen auf und
10 verlieren den Glauben an die Zukunft. Es droht eine verlorene Generation. Die
11 wirtschaftliche Lage verstärkt die politische Instabilität vor allem in den
12 Staaten der Europäischen Union (EU), in denen populistischer Nationalismus
13 ohnehin Frieden, soziale Gerechtigkeit und Freiheit bedroht. Angesichts der sich
14 verändernden Weltlage und der Konflikte an den EU-Außengrenzen, wie in der
15 Ukraine oder im Nahen und Mittleren Osten, sowie der weiter zunehmenden Zahl von
16 Flüchtlingen gilt es den Zusammenhalt Europas als solidarische und friedliche
17 Wertegemeinschaft zu bewahren. Wir GRÜNE wollen diese Herausforderungen im
18 Geiste europäischer Solidarität meistern. Der Green New Deal ist ein kräftiges
19 Signal nach innen wie nach außen, dass die EU sich nicht auseinander dividieren
20 lässt.

21 Die ökonomischen und sozialen Probleme verdrängen zudem die Auseinandersetzung
22 mit der ökologischen Krise, obwohl diese keinen Aufschieb zulässt. Laut WWF
23 brauchen wir im Jahr 2030 eine zweite Erde, um unseren Ressourcen hunger auf
24 jetzigem Niveau zu stillen. Doch statt dieses zentrale Problem anzupacken,
25 ermatten in der EU die Anstrengungen, den dringend notwendigen ökologischen
26 Umbau der Gesellschaft voranzubringen.

27 Um die ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme in Angriff zu nehmen,
28 müssen wir umsteuern. Dazu brauchen wir einen Green New Deal für Europa, der
29 eine umfassende Antwort auf die Krisen der Gegenwart gibt. Er enthält mehrere
30 Komponenten: eine nachhaltige Investitionsstrategie, die auf ökologische
31 Innovationen setzt statt auf maßlose Deregulierung; eine Politik der sozialen
32 Gerechtigkeit statt der Gleichgültigkeit gegenüber der ständig schärferen
33 Spaltung unserer Gesellschaften; eine Politik, die auch unpopuläre
34 Strukturreformen angeht, wenn diese zu nachhaltigem Wachstum und mehr
35 Gerechtigkeit beitragen; ein Politik die Probleme wie Korruption und mangelnde
36 Rechtsstaatlichkeit angehen und eine Politik, die die Glaubwürdigkeit in Europa,
37 dass Schulden auch bedient werden, untermauert.

38 All das ist Teil des Green New Deal, denn isolierte Antworten auf einzelne
39 Herausforderungen reichen nicht aus. Uns ist klar, Sparen allein ist nicht der
40 Weg, um aus der Krise zu kommen. Man kann sich nicht aus der Krise
41 heraus schrumpfen. Deshalb erteilen wir der Kaputtsparpolitik eine klare Absage.
42 Ebenso klar sagen wir aber, dass Investitionen sich nur lohnen werden, wenn sie
43 nachhaltig wirken und finanziert sind. Auch müssen die Rahmenbedingungen durch
44 Strukturreformen so gestaltet werden, dass es zu einem Aufschwung kommen kann.
45 Nur dieser neue Kurs erlaubt es der EU die Ziele der Solidarität, der Solidität
46 und der Nachhaltigkeit gemeinsam zu erreichen.

47 **Die Kaputtsparpolitik ist gescheitert**

48 Die Strategie zur Krisenbewältigung der letzten fünf Jahre hat zwar ein
49 wichtiges Ziel erreicht: Der Euro, als entscheidendes Element der europäischen
50 Integration und des europäischen Zusammenhalts, konnte bislang gerettet werden.
51 Dafür hat Europa neue Instrumente und Mechanismen geschaffen, wie den Euro-
52 Rettungsschirm mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) oder die
53 Bankenunion. Aber diese Instrumente allein werden die tiefgreifenden Probleme
54 nicht lösen - weder politisch noch wirtschaftlich.

55 Die Mängel und Fehler der bisherigen Politik weiter zu ignorieren, gefährdet
56 jedoch den Zusammenhalt in Europa. Einseitiges Sparen, oftmals an der falschen
57 Stelle, und fehlende Impulse für die Wirtschaft, falsche Strukturreformen und
58 mangelnder politischer Wille werden Europa wirtschaftlich nicht nach vorne
59 bringen. Das ist in Europa und bei unseren Partnern weltweit fast unbestritten.
60 Nur in Berlin scheint dies nicht überall der Fall zu sein. Doch es gefährdet
61 auch Deutschland, vor den Tatsachen weiter die Augen zu verschließen.
62 Bundeskanzlerin Merkel trägt deshalb zusammen mit den Verantwortlichen in
63 Brüssel und anderen europäischen Hauptstädten eine große Verantwortung für die
64 aktuelle Situation. Die bisherigen Anstrengungen bleiben weit hinter dem
65 Notwendigen zurück. Investitionen wurden zu lange ausgebremst und zentrale
66 Probleme sind weiterhin ungelöst: Die Schuldenquoten der Programmländer sind
67 höher als vor der Krise. Von den Euro-Staaten, die ein Kredithilfeprogramm in
68 Anspruch nehmen mussten, verzeichnen nur Irland und Lettland ein deutliches
69 Wirtschaftswachstum.

70 Die Investitionen sind in der EU seit 2008 jedoch um 15% gesunken. Auch
71 Deutschland muss öffentliche und private Investitionen im Inland ankurbeln, um
72 eine moderne, zukunftsfähige und vor allem auch intakte Infrastruktur für
73 Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen zu gewährleisten. Hier herrscht enormer

74 Nachholbedarf um den ökologisch-sozialen Wandel der Wirtschaft voranzubringen.
75 Doch das derzeitige Modell hoher Exportüberschüsse geht auf Kosten notwendiger
76 Investitionen im Inland. Unsere europäischen Nachbarn würden von der
77 zusätzlichen Nachfrage ebenfalls profitieren und Leistungsbilanzdefizite und -
78 überschüsse zwischen den Euro-Ländern könnten weiter abgebaut werden.

79 Weil wir Umweltzerstörung, Massenarbeitslosigkeit, soziale Verwerfungen und
80 Perspektivlosigkeit für viele Millionen Menschen in Europa nicht länger
81 hinnehmen wollen, setzen wir auf den Green New Deal. Deutschland muss diesen
82 Strategiewechsel vorantreiben.

83 **Griechenland braucht Luft zum Atmen**

84 Es muss sich etwas grundlegend ändern am Umgang mit Griechenland. Die bisherige
85 Politik hat nicht dazu geführt, dass die griechische Wirtschaft wieder auf
86 eigenen Beinen stehen kann. Die Schuldenquote des Landes hat sich seit Beginn
87 der Krise um etwa zwei Drittel von 109 Prozent auf 175 Prozent des
88 Bruttoinlandsprodukts erhöht, obwohl Griechenland heute über 30 Prozent weniger
89 Staatsausgaben hat als noch vor fünf Jahren. Grund dafür ist der Einbruch der
90 Wirtschaftsleistung und eine eklatante Nachfrageschwäche, die durch die
91 einseitige Sparpolitik verschärft statt gemindert wird. Investitionen finden in
92 Griechenland seit Jahren fast nicht mehr statt, auch weil die politische
93 Sicherheit nicht gewährleistet ist. Debatten um einen „Grexit“, wie aus Kreisen
94 der Bundesregierung zu Beginn des Jahres begonnen, sind deshalb fatal. Sie
95 untergraben das Vertrauen in das Land und die dringend notwendige
96 Investitionssicherheit und kosten am Ende die europäischen Bürgerinnen und
97 Bürgern viel Geld und Chancen. Nur mit einem Aufschwung in Griechenland wird es
98 möglich sein, die Schuldenlast zu senken. Alles andere schadet dem Vertrauen in
99 das Land und am Ende auch unserer gemeinsamen Währung. Wir sehen die Zukunft
100 Griechenlands im Euro.

101 Das Wahlergebnis in Griechenland ist auch eine Chance. Es ist ein klarer
102 Fingerzeig, dass die Menschen dort die bisherige Politik und das alte System der
103 Vetternwirtschaft nach Parteibuch ablehnen. Die neue Syriza-geführte Regierung
104 hat damit ein Mandat zum Wandel. Sie hat zwar einzelne Reformideen, aber bisher
105 keinen ausgereiften Plan. Erschwerend kommt hinzu, dass Syriza als erste
106 Amtshandlung eine Koalition mit den rechtspopulistischen „Unabhängigen Griechen“
107 eingegangen ist, obwohl es mit der Partei To Potami eine linksliberale und pro-
108 europäische Alternative gegeben hätte.

109 Die schwere Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise, in die Griechenland vor über
110 fünf Jahren stürzte, wurde auch durch eine verfehlte Politik in Griechenland
111 ausgelöst. Doch sollten die EU und Deutschland, Griechenland Flexibilität
112 einzuräumen, um die schlimmsten Folgen und Fehler der bisherigen Krisenpolitik
113 abzumildern und den Kurs zu ändern.

114 Die harte Sparpolitik der letzten Jahre wurde in Griechenland besonders
115 ungerecht praktiziert und hat zu schweren sozialen Verwerfungen geführt. Anders
116 als in den baltischen Staaten hat die Politik hohe Einkommen und Renten im
117 öffentlichen Dienst viel stärker geschont als niedrige Einkommen und Renten. Die
118 Mittelschicht wurde durch Steuererhöhungen hart getroffen, während diejenigen

119 mit sehr großen Vermögen weiterhin keine großen Abgaben auf Eigentum und
120 Vermögen leisten. Zudem wurden viele wichtige Maßnahmen zur Linderung der
121 sozialen und ökologischen Härten nicht umgesetzt. Erst jetzt wird begonnen, eine
122 ärztliche Primärversorgung einzuführen. Es gibt keinerlei soziale
123 Grundsicherung. Diese Fehler der nationalen Politik, der Troika und der Euro-
124 Gruppe prangern wir an.

125 Bei den derzeit laufenden Verhandlungen zwischen der Euro-Gruppe und der
126 griechischen Regierung müssen nun gemeinsam vernünftige Kompromisse erarbeitet
127 werden. Dazu gehört, dass die griechische Regierung neue Wege der
128 Haushaltskonsolidierung geht und am Ziel nachhaltiger Staatsfinanzen festhält.
129 Dringend notwendige Strukturreformen müssen dafür auch gegen einflussreiche
130 Klientelgruppen umgesetzt werden. Aus unserer Sicht ist es deshalb notwendig,
131 die Steuerverwaltung weiter zu verbessern, um Steuervermeidung und -
132 hinterziehung besser zu verhindern. Griechische Bürgerinnen und Bürger, die
133 trotz eines großen Vermögens bislang keinen fairen Beitrag zum Gemeinwesen
134 geleistet haben, müssen endlich durch eine gerechte Besteuerung am Aufbau des
135 Landes beteiligt werden. Außerdem sollte die Regierung die immer noch weit
136 verbreitete Korruption entschlossen bekämpfen. Wir sehen sie auch in der
137 Pflicht, Maßnahmen gegen Armut und Arbeitslosigkeit zu ergreifen und Reformen
138 zur Effizienzsteigerung in der Verwaltung und mehr Rechtsstaatlichkeit
139 umzusetzen. Derartige Maßnahmen stärken ein Land auch als Investitionsstandort.

140 Geht die neue griechische Regierung diese Aufgaben entschlossen an, sollte die
141 Euro-Zone diesen Weg mit Erleichterungen bei Zinsen und Kreditlaufzeiten sowie
142 mit dem Verzicht auf sozial und ökonomisch falsche Sparvorgaben unterstützen. Ob
143 weitere Schuldenerleichterungen mittelfristig nötig werden, ist eine später zu
144 prüfende Frage. Griechenland braucht vor allem dringend mehr zukunftsfähige
145 Investitionen und muss sich dabei auf die Unterstützung der EU verlassen können.
146 Wir GRÜNE werden uns dafür einsetzen, dass europäische Investitionen vor allem
147 in die Länder fließen, die am stärksten von der Krise betroffen sind. Dafür
148 bedarf es jedoch sinnvoller Projektvorschläge. Griechenland hat enormes
149 Investitionspotenzial, beispielsweise im Ausbau erneuerbarer Energien, in
150 nachhaltiger Landwirtschaft und im Öko-Tourismus.

151 **Die EZB wird die Krise nicht alleine lösen können**

152 In dieser schwierigen Situation gibt es für die EU zwei Optionen: Die eine ist,
153 dass die Europäische Zentralbank (EZB) handelt, also nur geldpolitische
154 Maßnahmen ergriffen werden. Das passiert im Moment. Die bessere Option wäre,
155 dass endlich auch die europäischen Regierungen mehr Verantwortung übernehmen und
156 Investitionen möglich machen. Doch leider ist die Bundesregierung diesbezüglich
157 bisher völlig passiv.

158 Die EZB ist gezwungen zu handeln. Sie hat aber ihr Instrumentarium
159 konventioneller geldpolitischer Maßnahmen wie zum Beispiel Leitzinssenkungen
160 längst ausgereizt. Deshalb greift sie zu einer unkonventionellen Maßnahme: dem
161 Ankauf von Unternehmens- und Staatsanleihen. Wie gut die Maßnahme wirkt, ist
162 jedoch zweifelhaft.

163 Es ist klar: Wir können die Arbeit nicht allein der EZB überlassen. Sie stößt

164 mit ihren geldpolitischen Instrumenten an ihre Grenzen. Der Ball liegt in
165 Brüssel und in den europäischen Hauptstädten. Die Kanzlerin beharrt jedoch
166 darauf, die kurzsichtige Sparpolitik in Europa fortzusetzen. Während aus ihrer
167 Partei immer wieder die EZB kritisiert wird, hätte es die Bundesregierung selbst
168 in der Hand, problematische Maßnahmen der EZB überflüssig zu machen. Doch im
169 Bundeskanzleramt werden die notwendigen Investitionen blockiert.

170 **Investieren in Europa**

171 Um die ökonomischen, sozialen und ökologischen Krisen zu meistern brauchen wir
172 einen Green New Deal. Es kommt darauf an, die europäische Wirtschaft durch
173 Investitionen nachhaltig zu stabilisieren und gleichzeitig aktiv Wege in eine
174 ökologische Zukunft zu ebnen. Daher ist es an der Zeit für eine nachhaltige
175 Investitionsoffensive in Europa. Verschiedene Wirtschaftsinstitute schlagen
176 dafür sogar eine Größenordnungen von einem bis zwei Prozent des BIP vor.

177 Unsere rückständige Energie- und Wirtschaftspolitik kommt uns teuer zu stehen.
178 Wir sollten stattdessen den derzeitigen niedrigen Ölpreis als Chance begreifen und
179 massive Investitionen in erneuerbare Energien, in Energieeffizienz und in neue
180 grüne Technologien tätigen. Das fördert auch größere Unabhängigkeit von
181 russischem Gas oder Ölvorkommen aus den Krisenregionen im Nahen und Mittleren
182 Osten.

183 Die zusätzlichen Investitionen müssen aus privaten wie auch aus öffentlichen
184 Quellen finanziert werden. Im Rahmen der Investitionsoffensive von EU-
185 Kommissionspräsident Juncker liegt der Vorschlag zur Errichtung eines
186 Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI) auf dem Tisch. Der EFSI
187 bietet die Chance, endlich mehr Zukunftsinvestitionen europäisch zu generieren,
188 zu koordinieren und finanziell zu unterstützen. Das wäre auch ein Beitrag zur
189 weiteren wirtschaftspolitischen Integration der EU. Inwieweit der EFSI
190 erfolgreich sein wird, hängt von seiner konkreten Ausgestaltung ab. Für uns
191 GRÜNE ist dabei klar, dass europäische Projekte im Sinne eines Green New Deal
192 und insbesondere kleine und mittlere Unternehmen gefördert werden sollen. Europa
193 braucht dringend mehr Investitionen in Energienetze aber auch in die
194 Schieneninfrastruktur, schnelles Internet sowie Bildung und Forschung. Zudem
195 bedarf es europäischer, demokratischer und transparenter
196 Entscheidungsstrukturen, damit der Fonds kein nationaler Selbstbedienungsladen
197 wird. Dabei müssen Europäische Akteure wie die EU-Kommission, das EU-Parlament
198 und die Europäische Investitionsbank eine Schlüsselrolle übernehmen. Außerdem
199 sollten nicht nur nationale Regierungen, sondern auch Länder, Kommunen,
200 Förderbanken, öffentliche Stellen und der Privatsektor Fondsgelder für ihre
201 Projekte beantragen dürfen. Der EU-Investitionsfonds soll Investitionsrisiken
202 mindern und so die Investitionsdynamik wieder ankurbeln, es darf jedoch keine
203 risikolosen Gewinne für private Investoren geben, wie das in Deutschland bei
204 teuren ÖPP-Projekten der Fall war und ist.

205 Die Bundesregierung muss dazu beitragen, dass der EFSI ein Erfolg wird. Wir
206 wollen, dass sich Deutschland spürbar daran beteiligt, um europäische
207 Zukunftsinvestitionen zu unterstützen. Doch die Bundesregierung bleibt bei ihrer
208 Haltung „Wir geben nichts“ und verpasst einmal mehr, Signalgeberin für eine
209 europäische Zukunft und mehr Solidarität zu sein.

210 Der im Juncker-Plan vorgesehene EFSI kann nur ein Baustein einer europäischen
211 Antwort auf die Krise sein. Riesige Mengen privaten Kapitals sind weiter in
212 Spekulationsblasen gebunden, statt der Realwirtschaft zugute zu kommen. Aber
213 wichtige Finanzmarktreforemen sind stecken geblieben. Neben höheren privaten
214 brauchen wir auch stärker öffentliche Investitionen in Europa. Dies könnte
215 beispielsweise über eine deutliche Stärkung des EU-Haushaltes erreicht werden.
216 Die Bundesregierung muss daher ihre strukturkonservative Verweigerungspolitik
217 aufgeben. Der EU-Haushalt muss aufgestockt werden und es müssen über die
218 bisherigen Strukturfonds hinaus bessere Möglichkeiten für die Förderung von
219 öffentlichen Investitionen geschaffen werden. Auch müssen endlich neue
220 Eigenmittelquellen erschlossen werden. So könnten Einnahmen aus einer
221 Finanztransaktionssteuer, die den Finanzsektor an den Kosten der Krise
222 beteiligt, in den EU-Haushalt fließen. Das würde die Union unabhängiger von den
223 jährlichen Verhandlungen über Beitragshöhen machen.

224 Falls nicht alle Mitgliedsstaaten bereit sind, einen höheren EU-Haushalt
225 mitzutragen, sollte im Rahmen des EU-Haushalts ein spezieller Investitionsfonds
226 für die Eurozone eingerichtet werden. Durch diesen sollten öffentliche
227 Investitionen getätigt werden. Rechtlich ist es möglich, so einen gesonderten
228 Haushaltsposten im Rahmen des EU Haushaltes zu errichten und demokratisch zu
229 kontrollieren. Diesen Fonds sollten sowohl Kommunen als auch regionale Akteure
230 in Anspruch nehmen können. Die Mittel sollten stärker in die von Krisen
231 betroffenen Länder fließen, aber die Vergabe sollte vor allem von der Qualität
232 der Projekte und der Notwendigkeit der Investition zur Erreichung der EU 2020
233 Ziele abhängig gemacht werden.

234 Die europäischen Mittel sollen im Sinne des Green New Deals verwendet werden.
235 Das heißt, sie könnten für eine konkrete europäische Investitionsoffensive in
236 den Gebäudebestand fließen; auch die öffentliche Finanzierung mit Priorität für
237 Sozialwohnungen, Krankenhäuser und Schulen erfüllt alle grünen Kriterien.
238 Zusätzlich könnten Haushalte mit niedrigem Einkommen finanziell unterstützt
239 werden, etwa bei der Anschaffung energieeffizienter Alternativen zu ihren strom-
240 und energiefressenden Haushaltsgeräten. Grüne Investitionen würden so
241 zielgerichtet auch das Problem von Energiearmut bekämpfen.

242 Ein weiteres Beispiel für die Notwendigkeit nachhaltiger Investitionen ist die
243 landwirtschaftliche Infrastruktur: Nach wie vor fördert die EU vor allem die
244 Industrialisierung und Exportorientierung der Landwirtschaft. Diese politische
245 Fördersystematik und der Preisdruck durch die zunehmende Marktmacht weniger
246 internationaler Handelskonzerne sorgen dafür, dass Millionen von Bauern und
247 Bäuerinnen dem Wachstumsdruck nicht standhalten können. Wir wollen mit dem Green
248 New Deal auch eine Agrarwende einleiten, durch die für alle saisonale, gesunde
249 und lokale Nahrungsmittel produziert werden können. Wir setzen auf den Umstieg
250 hin zu einer regional verankerten, bäuerlichen und ökologischen Landwirtschaft
251 in Europa

252 **Die richtigen Strukturreformen für Europa**

253 Es ist viel die Rede von Strukturreformen. Häufig sind damit Privatisierung und
254 Deregulierung gemeint, die nur selten zu einer nachhaltigen Verbesserung der
255 Lage führen. Dennoch sind Strukturreformen in Griechenland, genau wie in ganz
256 Europa dringend notwendig: Bessere Regulierung ist nötig, denn die

257 Rahmenbedingungen müssen stimmen, um einen ökologisch-sozialen Umbau in Europa
258 zu schaffen.

259 Ökologische Modernisierung der Wirtschaft vorantreiben

260 Wenn wir Investitionen in technologische Innovationen wollen, dann müssen wir
261 dafür sorgen, dass es sich lohnt innovativ zu sein. Wir treten deshalb für den
262 so genannten Top-Runner-Ansatz ein. Wir wollen damit einen Wettbewerb um die
263 besten Lösungen entfachen, bei dem die effizientesten Geräte den Standard setzen
264 und Stromfresser nach und nach aus den Regalen verschwinden. Dazu bedarf es
265 eines verbindlichen Effizienzziels für die EU und ehrgeiziger
266 Verbrauchsgrenzwerte für Autos und Elektrogeräte.

267 Aber auch auf der Branchenebene gibt es viel zu tun. Wir brauchen Initiativen,
268 um in Schlüsselbranchen die Grenzen aufzubrechen, zum Beispiel im Energiemarkt.
269 Eine Priorität muss die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Strommarktes
270 sein. Der Ausbau der entsprechenden Infrastruktur würde die Energiesicherheit
271 erhöhen, den Weg zu erneuerbaren Energien ebnen, Europa stärker zusammen führen
272 und Investitionen in Milliardenhöhe nach sich ziehen. Wir wollen deshalb eine
273 europäische Energieunion, die erneuerbare Energien fördert und die Abhängigkeit
274 von fossilen und nuklearen Quellen senkt. Dies wäre ein wichtiger Schritt für
275 die Schaffung einer Klimaunion, mit der Europa zum globalen Vorreiter beim
276 Klimaschutz wird. Das würde neben der Bekämpfung des Klimawandels für mehr
277 zukunftsfähige Jobs in der EU und zu einer Reduzierung der Abhängigkeit
278 geopolitisch fragwürdiger Bezugsquellen sorgen.

279 Ein ähnlich anspruchsvolles Projekt wäre die Schaffung eines wirklich
280 gemeinsamen Eisenbahnnetzes. Der politische Beschluss zum Ausbau der
281 Schienennetze würde große Investitionen nach sich ziehen.

282 Den IT-Binnenmarkt gestalten und auf Nachhaltigkeit ausrichten

283 Die Schaffung eines einheitlichen IT-Binnenmarktes in Europa ist für eine
284 dauerhafte Wiedergewinnung einer stärkeren Dynamik der europäischen Wirtschaft
285 unverzichtbar. Bei der Anwendung von Industrie 4.0-Konzepten können auch
286 wesentliche Fortschritte bei Energie- und Ressourceneffizienz erzielt werden.
287 Gerade weil innovative Industrieunternehmen wichtige Partner für die von uns
288 angestrebte ökologisch-soziale Modernisierung der Wirtschaft sein können, wollen
289 wir, dass die deutsche und die europäische Industriepolitik das enorme
290 Veränderungspotential nutzt, statt die Chance zur Technologieführerschaft durch
291 Zögerlichkeit und nationalen Eigensinn zu verpassen.

292 Unter der Überschrift Industrie 4.0 werden derzeit für ganz unterschiedliche
293 Wirtschaftssektoren neue Management- und Geschäftsmodelle entwickelt. Deren
294 mögliche Auswirkungen auf Verbraucherschutz, Datensouveränität, Qualität der
295 Arbeit und den wahrscheinlichen Wegfall bisheriger Arbeitsplätze im Service-
296 Bereich sind kritisch zu diskutieren und hinterfragen. Es ist dabei geradezu
297 eine Chance, wenn das Bekenntnis zu einem verlässlichen, bürgerrechtlich
298 begründeten Datenschutz ins Zentrum einer europäischen IT-Entwicklungsstrategie
299 gestellt wird.

300 Steuergerechtigkeit schaffen, Handlungsspielräume zurück gewinnen

301 Jedes Jahr gehen der EU eine Billion Euro durch Steuervermeidung und -
302 hinterziehung verloren; Geld, das dringend für Investitionen benötigt wird. Der
303 LuxLeaks-Skandal hat gezeigt, wie tief das Geschäft mit der Steuervermeidung für
304 besonders zahlungskräftige Kunden in die Steuerpraxis eingedrungen und wie sehr
305 es zum Normalfall geworden ist. Es ist leider nicht auf Luxemburg begrenzt. Zur
306 Vermeidung übermäßiger öffentlicher Defizite, wie der Stabilitäts- und
307 Wachstumspakt sowie der Fiskalpakt es vorsieht, kann die Politik nicht allein
308 auf der Ausgabenseite ansetzen sondern muss auch für die Verbesserung der
309 Einnahmenseite sorgen. Es muss deshalb gemeinsames Ziel aller Mitgliedsländer
310 und der EU-Institutionen sein, den Kampf gegen diese Steuerbetrügereien zu
311 koordinieren und gemeinsam energisch anzugehen.

312 Wir schlagen einen Steuerpakt vor, der die Kooperation der Staaten in
313 Steuerfragen mit konkreten Maßnahmen verbessern soll, um so die Steuervermeidung
314 in Europa zu unterbinden. Die Mittel, die dadurch zusätzlich eingenommen werden,
315 sollen grundsätzlich für zusätzliche Investitionen verwendet werden. Ein Teil
316 dieses zusätzlichen Steueraufkommens soll über den EFSI hinaus auf europäischer
317 Ebene für gemeinsam definierte Investitionsprioritäten verwendet werden.

318 Hohe Vermögen und Einkommen, die es auch in den Krisenstaaten gibt, müssen
319 stärker als bisher in die Pflicht genommen werden. Denn die Vermögen der einen
320 sind die Schulden der anderen. Das muss auch europäisch koordiniert werden, so
321 dass es nicht zu einer Verschiebung des Kapitals vom einen Mitgliedstaat in den
322 anderen kommt. Deshalb braucht es auch einen klaren Zeitplan zur Einführung
323 einer gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB)
324 und eine europaweite Koordination der Unternehmensbesteuerung. Wir schlagen vor,
325 einen konkreten Pfad zu einem Mindeststeuersatz zu vereinbaren. Außerdem müssen
326 wir europaweit definieren was rechtlich unter einer sogenannten Steueroase zu
327 verstehen ist. Wir müssen Tax-Rulings wie zuletzt in Luxemburg unterbinden und
328 länderbezogene Berichterstattungspflichten (country-by-country-reporting) von
329 grenzüberschreitend tätigen Unternehmen einführen. Die Bundesregierung blockiert
330 hier noch immer.

331 Für fairen Wettbewerb in Europa sorgen und monopolistische Strukturen aufbrechen

332 Die europäische Politik ist in den nationalen Hauptstädten und in Brüssel dem
333 Einfluss mächtiger Lobbygruppen ausgesetzt, die dafür kämpfen ihre Pfründe zu
334 sichern. Vor allem weil der Einfluss dieser Lobbygruppen nicht transparent ist
335 und die reichsten Lobbyinteressen weitaus mehr Macht und Einfluss als
336 Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen haben, ist das eine schwere
337 Belastung für die europäische Demokratie. Diese Lobbyinteressen organisieren
338 sich in Brüssel, aber auch über die Positionierungen der nationalen Regierungen
339 im Rat. Ein gutes Beispiel für Ersteres ist der Wirtschaftsverband
340 „Businesseurope“, der seit Jahren gegen strengere EU-Klimaziele kämpft. Dabei
341 arbeitet der mächtige Verband systematisch gegen erneuerbare Energien und für
342 die alten Riesen der Öl- und Kohleindustrie. Ein gutes Beispiel für Letzteres
343 sind die von Deutschland im Europäischen Rat durchkreuzten Versuche strengere
344 Emissionsgrenzwerte für PKW in Europa durchzusetzen. Anscheinend reichte ein
345 Anruf im Bundeskanzleramt und die Bemühungen von EU-Parlament und EU-Kommission
346 scheiterten.

347 Gleichzeitig schreitet die wirtschaftliche Konzentration in Europa zusehends

348 voran, etwa in der Agrarindustrie oder im Einzelhandel. Wenn wir die ökologisch-
349 soziale Modernisierung der Wirtschaft vorantreiben wollen, müssen wir für fairen
350 Wettbewerb sorgen und monopolistische Strukturen in der europäischen Wirtschaft
351 aufbrechen, um Marktwirtschaft zu fördern. Dass die EU hier wirksam handeln
352 kann, zeigt der Energiebereich: So zwang die EU z.B. Energiekonzerne wie RWE
353 dazu ihre Gasnetze zu veräußern und so für mehr Wettbewerb zu sorgen. Wir GRÜNE
354 setzen uns deshalb für eine aktive europäische Wettbewerbspolitik ein. Dazu
355 werden neue Instrumente und Institutionen in der europäischen Wettbewerbspolitik
356 benötigt; vor allem ein eigenständiges europäisches Kartellamt, das im Zweifel
357 auch über die Kompetenz verfügt, Konzernstrukturen bei zu großer
358 wirtschaftlicher und damit politischer Macht zu entflechten.

359 Zunächst steht aber vor allem mehr Transparenz im Vordergrund, indem die
360 Lobbyaktivitäten in Brüssel transparenter gemacht werden. Wir begrüßen die
361 Ankündigung der EU-Kommission alle Lobbyistenkontakte der KommissarInnen und
362 ihrer wichtigsten MitarbeiterInnen „als generelle Regel“ veröffentlichen zu
363 wollen. Skeptisch machen uns interne Dokumente, die besagen, Transparenz bei
364 Gesprächen der KommissarInnen und MitarbeiterInnen auf Grundlage der bestehenden
365 Richtlinie für Dokumentenzugang umzusetzen. Sie sieht viele Ausnahmen vor und
366 ergab auf zivilgesellschaftlichen Anfragen oft vor allem geschwärzte
367 Papierseiten. Deutlich schlechter sieht es in Deutschland aus. Die Große
368 Koalition lehnt ein Transparenzregister bislang völlig ab. Wir begrüßen auch die
369 Ankündigung eines verbindlichen Lobbyregisters, das nun EU-gesetzlich und nicht
370 nur über Vereinbarungen zwischen EU-Institutionen umgesetzt werden muss.

371 Derzeit besteht zudem die Gefahr, dass Transparenz und demokratische Strukturen
372 in Europa durch die Handelsabkommen TTIP, CETA und TISA noch geschwächt werden.
373 Wir lehnen Spezialrechte für Investoren genauso ab wie lobbygetriebene
374 Standardsetzung im Rahmen der regulatorischen Kooperation, die hohe Umwelt- und
375 Sozialstandards auszuhöhlen drohen. Diese Inhalte der Handelsabkommen sind
376 demokratisch fragwürdig und stellen eine erhebliche Begünstigung großer,
377 einflussreicher Akteure gegenüber kleinen und mittleren Unternehmen dar.

378 Soziale Mindeststandards sichern

379 Die Europäische Union ist nicht nur eine Wirtschaftsunion, sondern auch eine
380 Union der Werte. Im Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)
381 wird Bezug auf die Europäische Sozialcharta und die Gemeinschaftscharta der
382 sozialen Grundrechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer genommen und betont,
383 dass sowohl die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, eine
384 Angleichung derselben in der EU und ein angemessener sozialer Schutz fester
385 Bestandteil der Europäischen Zielsetzungen sind.

386 Wir GRÜNE fordern, dass alle EU-Mitgliedstaaten verpflichtet werden, soziale
387 Mindeststandards zu erfüllen, eine Mindestsicherung zu schaffen, die Rechte von
388 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu stärken sowie den Zugang zur sozialen
389 Sicherung für alle, insbesondere zur Gesundheitsversorgung, zu ermöglichen. Das
390 hat nicht nur sozialpolitische, sondern auch wirtschaftspolitische Gründe.

391 Die Wachstumsunterschiede in der Euro-Zone haben in den vergangenen Jahren
392 weiter zugenommen. Während Deutschland einen enormen Leistungsbilanzüberschuss

393 aufweist, kämpfen andere Mitgliedsstaaten mit Leistungsbilanzdefiziten.
394 Sozialpolitische Maßnahmen in den verschiedenen Mitgliedstaaten können diese
395 Unterschiede verstärken. Es ist für uns deshalb wichtig, dass nicht nur die
396 Wirtschafts- und Finanzpolitik, sondern auch die Sozialpolitik auf europäischer
397 Ebene stärker koordiniert wird, da herkömmliche konjunkturpolitische Instrumente
398 der Geldpolitik den Staaten der Eurozone nicht mehr zur Verfügung stehen. Europa
399 braucht neue Strukturen, um mit diesen Schieflagen künftig besser umgehen zu
400 können. Dabei geht es zum einen um eine bessere soziale Absicherung der Menschen
401 in Europa. Gleichzeitig geht es darum, durch wirklich europäische automatische
402 Stabilisatoren Abschwungtrends etwas entgegen zu setzen. Denn Auf- und Abschwung
403 verteilen sich über die Mitgliedstaaten unterschiedlich. Um diese
404 unterschiedlichen Auswirkungen auszugleichen, reichen nationale Maßnahmen nicht
405 aus. Europäische Sozialsysteme könnten als automatische Stabilisatoren gegen
406 solche asymmetrischen Schocks wirken. Die EU-Kommission soll deshalb prüfen wie
407 eine europäische Basis-Arbeitslosenversicherung praktisch umgesetzt werden
408 könnte. Dabei geht es uns nicht um eine Vereinheitlichung der Sozialsysteme,
409 sondern lediglich darum einen Teil der bestehenden nationalen
410 Arbeitslosenversicherungen zu ersetzen.

411 Es geht dabei um wirtschaftliche Stabilität aber auch um soziale Gerechtigkeit
412 und nicht zuletzt um den Zusammenhalt in Europa. 50 Prozent
413 Jugendarbeitslosigkeit in Griechenland und Spanien, knapp 45 Prozent in Italien,
414 35 Prozent in Portugal und Italien und 25 Prozent in Frankreich und der gesamten
415 Euro-Zone bedeutet, dass eine ganze Generation unter der verheerenden
416 wirtschaftlichen Krise Europas leidet. Diese Menschen haben kaum positive
417 Erfahrungen mit der Europäischen Union gemacht. Wenn wir wollen, dass Europa
418 auch in Zukunft noch stark ist, dann müssen wir ihnen zeigen, dass Europa auch
419 Solidarität bedeutet.

420 Europäischer Währungsfonds statt Troika-Politik

421 Wir setzen uns dafür ein, dass mittelfristig statt des ESM und der Troika bzw.
422 der Institutionen ein Europäischer Währungsfonds (EWF) unter Kontrolle des EU-
423 Parlaments (EP) für die Reformprogramme zuständig ist. Hierfür müssen die
424 Europäischen Verträge geändert und die Mittel des ESM auf die EU übertragen
425 werden. Weiterhin soll dabei gelten: Finanzielle Unterstützung kann es nicht
426 ohne Kontrollen geben.

427 Wenn der ESM zu einem EWF umgewandelt worden ist, muss das Europaparlament, als
428 einzige direkt von der Bevölkerung legitimierte EU-Institution, ein
429 Mitentscheidungsrecht bei der Ausgestaltung der Kredit- und Reformprogramme von
430 Mitgliedsstaaten bekommen. Allerdings ist auch klar, dass so lange die Garantien
431 für Kreditprogramme aus den nationalen Haushalten stammen, in Deutschland eine
432 vorherige Zustimmung des Bundestages aus demokratischen wie
433 verfassungsrechtlichen Gründen geboten ist und die Mitwirkung des EP nur
434 begrenzt sein kann.

435 Bis zur Umwandlung in einen europäischen Währungsfonds ist es aber dringend
436 geboten, die aktuellen Strukturen zu demokratisieren. Das bedeutet, dass sich
437 die Troika bzw. die Institutionen dem EP gegenüber verantworten muss und deren
438 Entscheidungen auch in gemeinsamen Sitzungen mit Abgeordneten aus dem
439 betroffenen nationalen Parlament diskutiert und kontrolliert werden. Um

440 Interessenkonflikte zu vermeiden und die geldpolitische Unabhängigkeit nicht zu
441 gefährden, sollte für die EZB zukünftig nur noch ein Beobachterstatus vorgesehen
442 werden.

443 **Ein Europäischer Konvent zur Zukunft der EU und zum Umgang mit der Verschuldung**
444 **in Europa**

445 Die Herausforderungen für Europa sind enorm. Spätestens seit Ausbruch der
446 Wirtschafts- und Finanzkrise ist offenkundig, dass eine gemeinsame Währung und
447 ein EU-Binnenmarkt ohne eine gemeinsame Wirtschafts-, Finanz-, Haushalts- und
448 Steuerpolitik nicht funktionieren können. Wir GRÜNE wollen daher mehr
449 Kompetenzen auf die europäische Ebene übertragen mit dem Ziel einer politischen
450 Union und gestärkten EU-Institutionen. Das EP wollen wir nicht nur zum
451 Gegenspieler des Rats machen, sondern es soll auch die Arbeit der Euro-Gruppe
452 stärker kontrollieren. Aber vor allem: Wir GRÜNE stehen unseren europäischen
453 Nachbarn gerade dann solidarisch bei, wenn sie unsere Hilfe brauchen.

454 Eine Vertiefung der Europäischen Integration wird eine Änderung der EU-Verträge
455 mit sich bringen, die jedoch keinesfalls in Hinterzimmern, sondern in einem
456 öffentlichen, demokratischen und bürgerfreundlichen Verfahren diskutiert und
457 erarbeitet werden muss. Es wird dabei nicht ausreichen nur über ein Paket von
458 Maßnahmen zu verhandeln, sondern die Bürgerinnen und Bürger der EU haben auch
459 ein Recht darauf zu erfahren, wohin sie sich weiterentwickeln soll. Deswegen
460 streiten wir GRÜNE schon lange für einen Europäischen Konvent zur Zukunft der
461 EU.

462 Die Finanz- und Wirtschaftskrise in Europa hat große Schuldenberge hinterlassen.
463 Diese Altlasten werden nicht beseitigt, indem man sie ignoriert. Wir müssen uns
464 realistisch mit der Frage befassen, wie wir diese Schuldenberge wieder abtragen
465 können. Diese Frage gefährdet inzwischen die europäische Demokratie: die
466 Handlungsfähigkeit vieler Mitgliedsstaaten wird dadurch in Frage gestellt und
467 damit letztlich auch die Freiheit zu demokratischen Entscheidungen. Deswegen
468 muss diese Frage in einem Europäischen Konvent diskutiert werden.

469 Wir GRÜNE wollen aber, dass Deutschland bereits jetzt endlich seiner
470 Führungsrolle gerecht wird und mit seinen Partnern einen europäischen Rahmen für
471 den Abbau der exzessiven Verschuldung organisiert, in dem jedes Land für seine
472 Schulden verantwortlich bleibt. Alles was die Bundesregierung dafür tun muss
473 ist, den Vorschlag des eigenen Sachverständigenrats zu einem
474 Altschuldentilgungsfonds endlich aufzugreifen: für die Zeit seines Bestehens
475 sollen im Rahmen dieses Fonds Eurobonds ausgegeben werden und so die Zinslast
476 für die Krisenstaaten langfristig ohne neuerliche Aktivität der EZB gedrückt
477 werden. Die Geschwindigkeit der Tilgung würde sich an der wirtschaftlichen
478 Dynamik orientieren können und damit Ausschläge der Konjunkturkurve ausgleichen
479 helfen. Die Bundesregierung hat jedoch bislang jede Diskussion dazu mit dem
480 Argument abgelehnt, man wolle keine Vergemeinschaftung von Schulden. Wir GRÜNE
481 wollen, dass Deutschland mit dieser Verweigerungshaltung bricht. Die Vorschläge
482 sind durch die Tabuisierung nicht falsch geworden. Seit Jahren findet die
483 Vergemeinschaftung von Schulden über die EZB statt. Das Gegenargument der
484 Bundesregierung ist damit Augenschwermerei.

485 Zum Schuldenabbau auf der Einnahmenseite gehört neben der Bekämpfung der
486 Steuerhinterziehung auch eine Stärkung der Vermögensbesteuerung in Europa. Denn
487 öffentliche Schulden und die Konzentration von Geldvermögen sind zwei Seiten
488 derselben Medaille. Deshalb gehören die Stärkung der Einnahmen und ein Umsteuern
489 in den Haushalten ebenso zu unserem Green New Deal für Europa wie nachhaltige
490 Investitionen, sozialer Ausgleich und sinnvolle Strukturreformen. Für uns
491 gehören diese Schritte untrennbar zusammen.

Antrag

**1. Länderrat 2015
25. April 2015, Berlin, Turnhalle**

AntragsstellerIn: Bundesvorstand

Tagesordnungspunkt: Zeitpolitik

1 **Grüne Zeitpolitik für ein selbstbestimmtes und solidarisches Leben**

2 Wer hat schon das Gefühl, genügend Zeit zu haben? Genug Zeit, den Kindern
3 wirklich zuzuhören. Zeit, um die Arbeit mit einem zweiten, ruhigen Blick zu
4 begutachten. Zeit, um bei der Nachbarin im Treppenhaus auf einen Schwatz
5 stehenzubleiben. Zeit, für die Eltern da zu sein, wenn es für sie mühsamer wird
6 mit dem Alter. Und zwischen all dem auch noch Zeit für die eigene Erholung zu
7 finden.

8 Das Leben ist ein Puzzle aus vielen unterschiedlichen Bereichen und Aufgaben -
9 der Job, die Familie, die Partnerschaft, der Haushalt, die Freundinnen und
10 Freunde, das gesellschaftliche Engagement, die Hobbies. Mehr und mehr Menschen
11 kommt es so vor, als müssten sie sich ständig zerreißen und hetzen, um ihren
12 Alltag stemmen zu können. Schon Kinder und Jugendliche in unserer gestressten
13 Gesellschaft klagen über Zeitdruck, der durch eine immer weiter zunehmende
14 Verdichtung der Bildungszeiten entsteht.

15 Grüne Zeitpolitik hat deshalb zum Ziel, dass all diese unterschiedlichen
16 Bereiche und Aufgaben besser in ein Leben passen. Welche politischen
17 Stellschrauben können wir drehen, damit es für Frauen und Männer leichter ist,
18 Beruf und Familie zu vereinbaren? Damit sie zum Beispiel auch wegen der 13-
19 jährigen Tochter im Job zeitweise kürzertreten können - und nicht nur für den
20 Säugling. Oder damit eine Freiberuflerin auch mal ein Projekt ablehnen kann, um
21 die verschleppte Bronchitis auszukurieren. Was können wir verändern, damit der
22 erwachsene Sohn seine Mutter pflegen kann, ohne um seine berufliche Existenz
23 bangen zu müssen? Und was braucht die Alleinerziehende, die es wegen ihrer zwei
24 Minijobs bisher nie schafft, bei der Schultheateraufführung ihrer Kinder dabei
25 zu sein? Natürlich brauchen Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen in erster
26 Linie eine bessere Bezahlung und soziale Absicherung. Aber auch sie brauchen
27 zeitliche Freiräume, um für sich und andere zu sorgen. Grüne Zeitpolitik ist

28 deshalb auch eine Gerechtigkeitsfrage. Denn eine Gesellschaft funktioniert nur,
29 wenn Menschen füreinander Verantwortung übernehmen können. Und: Demokratie
30 braucht Zeit. Sie braucht Menschen, die Zeit und Engagement investieren, um sich
31 einzumischen und mitzugestalten.

32 Die Nachhaltigkeit, der sorgsame Umgang mit den natürlichen Ressourcen, ist Teil
33 unserer grünen Identität. Grüne Zeitpolitik konzentriert sich auf den sorgsamen
34 Umgang des Menschen mit sich selbst und seinen Mitmenschen. Denn Überlastung,
35 Stress und Zeitnot führen zum Raubbau - an der eigenen Person, der eigenen
36 Gesundheit, an den Beziehungen zu den Menschen, die im Leben wichtig sind. So
37 wie wir Grüne keinen Raubbau an der Natur wollen, wollen wir auch nicht, dass
38 Menschen an sich selbst Raubbau betreiben.

39 Grüne Zeitpolitik orientiert sich an sechs Leitideen:

40 **1. Arbeit so gestalten können, dass sie ins Leben passt**

41 Die meisten Menschen arbeiten gern. Sie finden Freude und Erfüllung in ihrem
42 Beruf. Sie meistern Herausforderungen und stecken Energie und Kreativität in
43 ihre Aufgaben und Projekte. Aber zugleich möchten viele Menschen stärker
44 mitbestimmen können, wann sie arbeiten, um andere Aufgaben - Hausarbeit,
45 gesellschaftliche Arbeit und Familienarbeit - in ein besseres Gleichgewicht zu
46 bringen. Schließlich gibt es im Leben der meisten Erwerbstätigen Phasen, in
47 denen es schlicht notwendig ist, die Arbeitszeit zu reduzieren, etwa weil Kinder
48 oder pflegebedürftige Eltern Zeit und Aufmerksamkeit brauchen. Einige Frauen,
49 die eine Teilzeitstelle mit 15 oder 20 Wochenstunden haben, möchten gern 40
50 Stunden arbeiten. Viele Männer hingegen wünschen sich, weniger als die
51 obligatorischen 40 Wochenstunden plus X Überstunden in der Firma zu verbringen
52 und stattdessen mehr Zeit für die Familie zu haben. Und viele Männer ebenso wie
53 Frauen wünschen sich, auch mit einer 30-Stunden-Woche eine anspruchsvolle Stelle
54 ausfüllen oder ein Team leiten zu können. Vielen Menschen geht es aber in erster
55 Linie darum, stärker selbst entscheiden zu können, wann sie ihre Arbeit
56 erledigen. Die Bedürfnisse sind verschieden und ebenso vielfältig müssen die
57 politischen Modelle sein, die dafür Lösungen und Unterstützung bieten.

58 Wir wollen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mehr Einfluss als bisher auf
59 die Frage haben, wo und wann sie arbeiten, und leichter ihre Arbeitszeit
60 variieren können, zum Beispiel durch ein Rückkehrrecht auf Vollzeit. Eine
61 weitere Möglichkeit sind Arbeitszeitkorridore, die große Teilzeitlösungen - ab
62 30 Stunden - rechtlich wie eine Vollzeitstelle absichern. Außerdem möchten wir,
63 dass auch die Betriebe gemeinsam mit ihren Beschäftigten nach konkreten Lösungen
64 für Fragen der Arbeitszeit suchen. Dafür arbeiten wir unter anderem an
65 Änderungen und Ergänzungen des Teilzeit- und Befristungsgesetzes. Unser Ziel
66 sind erweiterte Arbeitszeitoptionen und mehr Zeitsouveränität für Beschäftigte,
67 so dass es zu einer neuen fairen Balance zwischen den Anforderungen der
68 Unternehmen und den Erwerbswünschen der Menschen kommt.

69 Denn die Arbeit ist für die Menschen da - und nicht umgekehrt. Davon profitieren
70 letztendlich auch die Arbeitgeber, die es mit gesünderen und zufriedeneren
71 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu tun haben.

72 **2. Menschen brauchen Raum, sich umeinander zu kümmern**

73 Den gebrechlichen Vater bei einem wichtigen Arzttermin begleiten, die Trikots
74 für das Fußballteam der Tochter waschen und auch dem älteren Nachbarn den
75 Einkauf erledigen: Menschen brauchen Zeit, um für sich selbst und andere zu
76 sorgen. Wir wollen Zeiten für Fürsorge ermöglichen. Denn nur eine Gesellschaft,
77 in der es Solidarität für Menschen gibt, die für andere sorgen, ist
78 zukunftsfähig.

79 Wir wollen ein Modell entwickeln, das flexibel, selbstbestimmt und
80 (geschlechter)gerecht allen Menschen Zeit verschafft - sei es, um sich um
81 Kinder, zu pflegende Angehörige oder Freunde zu kümmern oder aber auch um sich
82 einmal eine Auszeit zum Auftanken oder zur Weiterbildung zu ermöglichen. Wir
83 arbeiten daran, welche bestehenden Regelungen dafür gebündelt werden können, wo
84 neue Regelungen nötig sind und für welche Bedürfnisse und Gruppen eine
85 finanzielle Absicherung nötig ist.

86 Uns geht es auch darum, nicht zu viele Pakete auf einem Rücken abzuladen. Viele
87 Fürsorgeaufgaben sind schön und bewusst gewählt; andere sind in erster Linie
88 Pflichten, nervig und anstrengend. Vor allem aber sind sie heute immer noch
89 ungerecht verteilt. So übernehmen Frauen im Durchschnitt immer noch fast doppelt
90 so viele Stunden an unbezahlter Arbeit, etwa im Haushalt oder in der
91 Kindererziehung, wie Männer. Wenn es darum geht, sich um pflegebedürftige
92 Angehörige, die zuhause leben, zu kümmern, ist der Unterschied zwischen den
93 Geschlechtern besonders groß: Mehr als zwei Drittel der Pflegenden sind Frauen.
94 Und von den 30 Prozent der Männer, die sich zuhause um ein pflegebedürftiges
95 Familienmitglied kümmern, handelt es sich vor allem um Rentner. Nur ein äußerst
96 kleiner Teil der berufstätigen Männer ist bislang bereit, die Arbeitszeit
97 aufgrund von Pflegeaufgaben zu verringern.

98 Ziel grüner Zeitpolitik ist es, Frauen und Männern eine partnerschaftliche
99 Aufteilung der Aufgaben zu ermöglichen. Doch dafür brauchen sie auch die
100 Voraussetzungen. Basis dafür ist das, was wir Grüne unter dem Begriff
101 „Eigenständige Existenzsicherung“ zusammenfassen: ein Paket politischer
102 Maßnahmen, um allen Erwachsenen eine eigenständige soziale Absicherung, auch
103 über Erwerbsarbeit, in allen Lebensphasen zu gewährleisten.

104 **3. Beruf und Familie - Zeit fair teilen**

105 Wie die Menschen ihr Zusammenleben organisieren, ist einzigartig: Jede Familie
106 findet andere Wege, die Jobs der Eltern, Kita oder Schule der Kinder und das
107 Beisammensein in der Freizeit unter einen Hut zu bekommen - meist mit einer
108 großen Portion Improvisation. Familien heute sind vielfältig und bunt, deshalb
109 ist es uns wichtig, alle Familien durch eine solidarische Politik zu fördern.

110 Die meisten Paare wünschen sich heute, dass sie sich gemeinsam und
111 partnerschaftlich den Aufgaben und Freuden des Familien- und des Erwerbslebens
112 stellen können. Im Beruf Anerkennung finden, den eigenen Lebensunterhalt
113 verdienen, der Austausch mit den KollegInnen - all das gehört für Eltern zu

114 einem erfüllten Leben ebenso, wie Zeit mit den Kindern und der Familie zu
115 erleben und sich um sie kümmern zu können. Viele Frauen würden gerne mehr
116 arbeiten und bei den Aufgaben in Haushalt und Kinderpflege Entlastung bekommen.
117 Und viele Männer, das zeigen alle Umfragen der vergangenen Jahre, wünschen sich
118 mehr Zeit für ihre Familie.

119 Das wollen wir mit unserer Zeitpolitik ermöglichen. Doch wie die Aufgaben
120 innerhalb der Familie verteilt werden, entscheidet sich heute oft in
121 ernüchternder Weise: Selbst wenn Paare gleichberechtigt und in gegenseitigem
122 Einvernehmen die Rollenverteilung miteinander ausmachen wollen, scheitern sie zu
123 oft an der Realität - und leben plötzlich Rollenbilder, die sie eigentlich so
124 nie wollten. Verkrustete Strukturen und Fehlanreize regieren in ihr Leben
125 hinein; sie verhindern, dass Frauen und Männer selbstbestimmt und auf Augenhöhe
126 ihre Entscheidungen treffen können.

127 Als grundlegende Voraussetzung, um Zeit partnerschaftlich teilen zu können,
128 setzt grüne Zeitpolitik deshalb auf die eigenständige Existenzsicherung: Dazu
129 gehören die Lohngleichheit von Frauen und Männern und ein gerechtes
130 Steuersystem, das alle Kinder unabhängig von ihren Eltern fördert und in dem es
131 sich für beide PartnerInnen lohnt, zu arbeiten. Auf den ersten Blick mag sich
132 das Ehegattensplitting im Hier und Jetzt lohnen, gut vorgesorgt fürs Alter hat
133 der- oder diejenige, die ihre Berufstätigkeit stark heruntergefahren hat,
134 deshalb noch lange nicht. Aber zugleich braucht es Arbeitsplätze mit einem
135 Einkommen, das heute zum Leben und später zur Absicherung im Alter ausreicht.
136 Nicht zuletzt ist ein breites Angebot an guten Schulen, Horten, Kitas und
137 Krippen, die mit ihren Öffnungszeiten den Bedürfnissen von Familien in ihren
138 unterschiedlichen Lebensformen entgegenkommen, eine grundlegende Voraussetzung
139 für ein selbstbestimmtes Familienleben.

140 Wir wollen Druck aus der Rushhour des Lebens nehmen. Wir wollen mehr Zeit für
141 Familie ermöglichen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern und den
142 Eltern eine gerechtere Verteilung von Zeit ermöglichen, damit sie ihren Wunsch
143 nach einer partnerschaftlichen Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit auch
144 leben können - und zwar auch, wenn die Familie mit einem geringen Einkommen
145 klarkommen muss. Dafür wollen wir Anreize entwickeln, damit unbezahlte
146 Fürsorgeaufgaben und bezahlte Erwerbsarbeit gerechter aufgeteilt werden können.

147 Vor ganz besonders schweren zeitlichen Herausforderungen stehen alleinerziehende
148 Eltern. Sie haben oft unsichere Beschäftigungsverhältnisse, ein geringeres
149 Haushaltseinkommen und kämpfen mit Vereinbarkeits- und Zeitproblemen. Anders als
150 Paare mit Kindern können sie die Verantwortung für Erziehung, Haushalt oder eben
151 auch das Geldverdienen nicht mit einem anderen Erwachsenen teilen. Gerade auch
152 für sie muss grüne Zeitpolitik passende Angebote bereitstellen.

153 **4. Selbstbestimmte Zeit - auch für Menschen, die wenig Geld haben**

154 Alle Menschen, ob in gut oder schlecht bezahlten Jobs, müssen es sich leisten
155 können, Zeit für ihre Erholung oder die Familie zu finden. Sehr viele Menschen
156 können es sich aber gar nicht erlauben, über eine Reduzierung ihrer Arbeitszeit
157 nachzudenken, auch wenn sie eigentlich dringend Luft bräuchten, um sich um ihre

158 Kinder, die pflegebedürftigen Eltern oder die eigene angeschlagene Gesundheit zu
159 kümmern.

160 Grüne Zeitpolitik will deshalb Lösungen finden, wie Menschen mit geringem
161 Einkommen unterstützt werden können, mehr Spielräume in ihrer Zeitgestaltung zu
162 haben. Phasen im Leben, in denen Fürsorge für andere im Vordergrund steht,
163 sollen solidarisch so abgesichert werden, dass niemand um seine Existenz
164 fürchten muss. Diese Lebensphasen müssen zumindest für Menschen mit geringem
165 Einkommen finanziell so abgesichert werden, dass sie nicht in die Altersarmut
166 führen. Sozialpolitische Maßnahmen, wie zum Beispiel die Bürgerversicherung für
167 Gesundheit und Pflege, müssen mit zeitpolitischen Initiativen Hand in Hand
168 gehen.

169 Mehr als ein Drittel aller Alleinerziehenden bezieht Hartz IV. Das ist nicht nur
170 Ursache für Kinderarmut, sondern auch für Altersarmut. Hier klafft eine
171 Gerechtigkeitslücke. Kindergelderhöhungen, Elterngeld, ElterngeldPlus oder
172 Betreuungsgeld: Familien im Hartz IV-Bezug gehen dabei leer aus. Das wollen wir
173 ändern. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, die Hartz IV-Regelsätze für
174 Kinder eigenständig zu berechnen und zu erhöhen, wurde ignoriert. Wir setzen uns
175 deshalb für die eigenständige Berechnung der Kinderregelsätze ein wie vom
176 Bundesverfassungsgericht gefordert.

177 Auch Familien, deren Einkommen so gering ist, dass sie keine Einkommenssteuer
178 zahlen, gehen bei Steuervergünstigungen wie dem Ehegattensplitting leer aus. Der
179 Kinderzuschlag, der ihnen zusteht, wird aufgrund hoher bürokratischer Hürden von
180 vielen Berechtigten nicht genutzt. Wir fordern, den Kinderzuschlag
181 anspruchsberechtigten Familien automatisch zukommen zu lassen. Damit können wir
182 eine wirksame Hilfe gegen Kinderarmut leisten.

183 **5. Arbeit entschleunigen - gute Ideen brauchen Zeit**

184 Zeit ist für die meisten ein Luxusgut - unabhängig davon, ob jemand in einem
185 gering bezahlten oder sehr gut entlohnten Job arbeitet. Denn selbst wer es sich
186 finanziell leisten kann, seine Wochenarbeitszeit zu reduzieren, sieht sich meist
187 mit einem sehr voll beladenen Arbeitstag konfrontiert. Immer mehr Arbeit in der
188 gleichen Zeit zu bewältigen, bringt viele Beschäftigte an ihre Grenzen und nicht
189 selten weit darüber hinaus. Dabei ist es für die meisten Menschen wünschenswert,
190 ihrem Beruf in Ruhe und mit Sorgfalt nachgehen zu können. Wer gute Qualität zum
191 Ziel hat, wer neue Ideen wachsen lassen will, der braucht die Zeit für einen
192 aufmerksamen Blick links und rechts des Terminkalenders. Auch Kinder und
193 Jugendliche spüren den Druck, möglichst schnell durch die einzelnen
194 Bildungsstätten hindurchzueilen. Wir wollen prüfen, wie wir für junge Menschen
195 Karriereverläufe im Bildungsbereich strecken und flexibilisieren können.

196 Bei grüner Zeitpolitik geht es auch um einen Wandel der Arbeitskultur. Wir
197 wollen eine Debatte anstoßen, wie wir Arbeit entschleunigen können. Wie können
198 die Beschäftigten besser beteiligt werden, wenn Arbeitszeiten und Zeitpläne
199 festgelegt werden? Wie können Unternehmen es organisieren, dass die
200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stärker selbst bestimmen, wann und wie sie
201 arbeiten? Die Digitalisierung der Arbeitswelt bietet dabei viele Chancen: Die

202 wichtigen Unterlagen oder das Startsignal für den Produktionsprozess lassen sich
203 auch abends vom Laptop daheim versenden, nachdem man zuvor zusammen mit dem Kind
204 draußen die Sonne genießen konnte. Die digitale Arbeitswelt gestalten heißt aber
205 auch: Grenzen ziehen. Wenn alles immer und überall auf der Welt online verfügbar
206 und machbar ist, darf das nicht heißen, dass die Menschen, die diese Technik
207 nutzen, immer verfügbar und im Einsatz sein müssen. Das Gerät abzuschalten ist
208 in der digitalen Welt ein wichtiges Arbeitnehmerrecht.

209 Sehr viele Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sind sich der Verantwortung für ihre
210 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bewusst. Sie arbeiten, oft unter Beteiligung
211 der Belegschaft, an Konzepten für Gesundheitsprävention oder für eine bessere
212 Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben; einige entwickeln bereits
213 zeitpolitische Initiativen. Diese Unternehmen und Organisationen, ebenso wie die
214 Gewerkschaften, möchten wir als Bündnispartner für Zeitpolitik gewinnen. Das
215 bedeutet zugleich, den Unternehmen, die die Arbeitnehmerrechte ihrer
216 Beschäftigten immer weiter beschneiden, die rote Karte zu zeigen. Gerade
217 Menschen in prekären Jobs leiden darunter, dauernd verfügbar und erreichbar zu
218 sein: Der Gepäckpacker am Flughafen oder die Verkäuferin im Schnell-Restaurant
219 arbeiten zwar auf dem Papier nur 30 Stunden die Woche. Sie müssen sich aber den
220 gesamten Tag oder sogar die Nacht bereithalten und werden per SMS kurzfristig
221 für ein paar Stunden zur Arbeit beordert - ehe sie wieder in den Wartestand
222 geschickt werden. Solchen Formen modernen Tagelöhnertums treten wir Grüne
223 entschieden entgegen.

224 Einer neuen Zeitkultur in der Arbeitswelt geht es schließlich auch darum, die
225 Gesundheit und das Wohlbefinden der Menschen zu stärken, statt steigende Burn-
226 Out- und Depressionsraten hinzunehmen. Wenn Computer und Roboter uns immer mehr
227 Arbeit abnehmen, ist das Überdenken, wieviel jede und jeder Einzelne arbeiten
228 muss, dringend angebracht. Unserer Arbeitswelt würde eine Debatte darüber, was
229 unter einer „Vollzeitstelle“ zu verstehen ist, gut tun. Wir wollen die Chance,
230 die sich hier bietet, nutzen: Erwerbsarbeit und Arbeitszeitvolumen zwischen
231 Vielararbeitenden und Erwerbslosen bzw. prekär Beschäftigten besser zu verteilen.

232 **6. Auch Selbstständige brauchen mal Zeit und Erholung**

233 Selbstständige und FreiberuflerInnen, zum Beispiel der Grafiker, die
234 Physiotherapeutin oder die Schneiderin mit ihrer Werkstatt, sind kreativ, mutig
235 und brechen aus festen Strukturen aus. Sie denken frei und anders, haben
236 Innovations- und Gründergeist. Sie machen unser Leben bunter und bieten uns neue
237 und vielfältige Anregungen und Angebote. Zugleich sind sie eine wichtige Stütze
238 unserer Wirtschaft und sorgen mit ihrem Unternehmergeist für attraktive
239 Arbeitsplätze.

240 Gerade deshalb wollen wir Grüne Selbstständige und FreiberuflerInnen stärken.
241 Ihr selbstbestimmtes Arbeiten wollen wir unterstützen und sie besser absichern,
242 damit auch sie mal ein Projekt ablehnen oder den Laden schließen können. Denn
243 oft sind es junge Frauen und Männer, die sich für eine nicht selten prekäre
244 Existenz als Selbstständige entscheiden, um ihr Arbeitsleben mit der
245 Verantwortung für die Kinder vereinbaren zu können. Sie nehmen dafür hohe
246 Risiken in Kauf, denn viele Regelungen, die Arbeitszeiten oder

247 Lohnersatzleistungen betreffen, gelten nicht für sie, sondern nur für
248 Angestellte und Beamte. Das grüne Modell der „Brückengrundsicherung“ gibt gerade
249 auch Selbständigen die soziale Sicherheit, um sich eigenständig um den nächsten
250 Auftrag oder eine neue berufliche Perspektive zu kümmern. Wir wollen prüfen, ob
251 es geeignet ist, um ihnen auch Zeiten der Fürsorge und Erholung zu ermöglichen.
252

253 **Kriterien grüner Zeitpolitik**

254 Grüne Zeitpolitik wird bewusst auf viele unterschiedliche Ideen und Lösungen
255 setzen. So unterschiedlich die Bedürfnisse der Paare und Familien, der
256 Beschäftigten, der Selbständigen und der Arbeitgeber sind, so unterschiedlich
257 müssen die Modelle sein, die ihr Leben leichter und besser machen. Damit
258 betrifft grüne Zeitpolitik als Querschnittsthema viele Politikfelder: Sozial-
259 und Gesellschaftspolitik, Arbeitsmarkt-, Familien- und Frauenpolitik,
260 Wirtschafts- und Finanzpolitik.

261 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN arbeiten weiter an einem zeitpolitischen Gesamtkonzept,
262 für das diese Kriterien gelten sollen:

- 263 • Fürsorgearbeiten, die eine Gesellschaft braucht, solidarisch absichern
- 264 • Lohnarbeit und Fürsorge-Arbeit gerechter zwischen den Geschlechtern
265 verteilen.
- 266 • Gerechtigkeitslücken bei der Gleichberechtigung von Männern und Frauen
267 verringern
- 268 • mehr Mitbestimmung über die Arbeitszeitgestaltung für alle
269 Berufstätigen
- 270 • stärkere Flexibilität für ArbeitnehmerInnen bei der Wahl ihres
271 Arbeitszeitvolumens
- 272 • Möglichkeiten für berufliche Auszeiten befördern, die auch
273 Selbstständigen zugutekommen
- 274 • auch Menschen mit geringem Einkommen mehr Zeit ermöglichen

275 Die Politik kann viel dazu beitragen, dass Menschen selbstbestimmter und
276 selbstbewusster Zeit für Familie und Arbeit, für Freunde und Freizeit gestalten
277 können. Doch braucht es ebenso die breite gesellschaftliche Debatte. Wir Grüne
278 wollen diese Debatte führen - für weniger „Zeit ist Geld“ und mehr „Zeit ist
279 Leben“.